Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kretzschmar, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreislisten Seite 411.

Nr. 41. — Halle, Montag den 18. Februar 1918. — 2. Jahrgang.

Der Waffenstillstand Montag mittag 12 Uhr beendet!

Eine deutsche Regierungserklärung.

In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trotzki zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und der Demobilmachung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollsitzung, in der ihm die **Entschließungen des Vierbundes** mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen, und hat die Verhandlungen **abgebrochen.**

Durch die einfeitige russische Erklärung ist selbstverständlich **der Kriegszustand nicht beseitigt** und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens **unmöglich** gemacht. Gerade zur **Herbeiführung eines Friedens** aber war der **Waffenstillstandsvertrag** vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. **Mit dem Verzicht auf den Frieden hat das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet.** Dieser Verzicht ist der **Kündigung gleichzuachten.**

Die Kaiserliche Regierung stellt hiernach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten **den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat.** Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen 7tägigen Kündigungsfrist **freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.**

•

Schon am Sonnabend nachmittag lief folgende Meldung ein:

Die **deutsche Kommission,** sowie die **Kommissionen der verbündeten Staaten** haben **Petersburg verlassen** und heute morgen auf dem Rückwege die deutsche Linie passiert.

Der Hilferuf der Ukrainer an das deutsche Volk.

Die Ukrainische Delegation in Brest-Litowsk hat der deutschen Reichsregierung folgende Erklärung an das deutsche Volk übermittelt:

An das deutsche Volk!

Am 9. Februar haben wir in dem tiefen und heißen Wunsche, mit unsern Nachbarvölkern in Frieden und Freundschaft zu leben, einen Friedensvertrag mit den Staaten des Vierbundes unterschrieben, **um dem nutzlosen Bruderkriege ein Ende zu machen** und alle unsre Kraft auf das eine Ziel zu vereinigen, uns die Form für ein **eigenes, selbständiges, staatliches Leben zu schaffen.**

Aber die freudige Nachricht vom 9. Februar, nach der sich die arbeitenden Klassen unseres Volkes so sehr gesehnt hatten, hat uns **keinen Frieden** in unser Land gebracht. **Der Feind unserer Freiheit ist in unsere Heimat** eingebrochen, um noch einmal, wie schon vor 254 Jahren, **mit Feuer und Schwert das ukrainische Volk zu unterjochen.**

Die russischen Maximalisten, die vor einem Monat die **fast nur aus Sozialisten bestehende allrussische Verfassunggebende Versammlung** in Petrograd **auseinandergejagt** haben, haben jetzt, wie sie sagen, **den heiligen Krieg gegen die Sozialisten der Ukraine unternommen.**

Von Norden fallen die gedungenen Banden der Roten Gardisten über unser Land herein. Sie vereinigen sich mit den von der Front entlaufenen russischen Soldaten und mit bekreiten Sträflingen. Unter dem erfahrenen Befehl gewesener Polizisten und Gendarmen, dringen sie in unsre Städte ein, **lassen die Kerkerwärter und Führer der öffentlichen Meinung erschießen** und treiben von den Bewohnern Kontributionen ein. Aus der vernichteten und brennenden Stadt ziehen sie weiter auf die Suche nach neuer Beute.

Diese barbarische Invasion unserer nördlichen Nachbarn hat sich noch einmal zum Ziele gesetzt, wie schon früher in unserer Geschichte, unter scheinheiligen Vorwänden **die Selbständigkeit unseres Staates zu vernichten.** Ihre wahren und letzten Gründe liegen in den unedlen Absichten und Machenschaften derer, die ein Interesse daran haben, die Anarchie in der Ukraine zu sehen, wie ebenso derer, die die Rückkehr der alten Gewaltherrschaft erstreben.

Vor der ganzen Welt erklären wir, daß die Petersburger Kommissare lügen, wenn sie von einem Aufstand des Volkes in der Ukraine sprechen, **daß sie lügen,** wenn sie die Zentralrada, **das Parlament der Ukrainischen Volksrepublik, das aus ukrainischen Sozialisten** besteht und weitgehende soziale und demokratische Reformen ins Leben gerufen hat, **eine Rada von Bourgeois** nennen.

Die Petersburger Kommissare, die **nur mit ihren Worten** hartnäckig das Wohl der Ukraine, Posens, Kurlands und anderer Völker verteidigt haben, haben in Brest-Litowsk sich der schönen Pose bedient, die Reste des russischen Heeres von der Front zurückzurufen, **um sie heimlich gegen die Ukraine zu werfen mit der Absicht, uns zu berauben, die Getreidevorräte nach Norden zu schaffen und das Land zu unterjochen.**

Jetzt, wo nach vier Jahren die starre Wand gefallen ist, die uns von unseren westlichen Nachbarn getrennt hat, erheben wir unsere Stimme, **um das Unglück unseres Volkes zu verkünden.**

Wir sehen die Früchte unserer jungen Revolution in Gefahr und müssen für unsere kaum errungene Freiheit fürchten. Blutige Zusammenstöße mit den russischen Banden finden täglich statt. In Wolhynien und an anderen Punkten sammeln wir neue Kräfte, um uns den immer neu von Norden eindringenden Haufen entgegenzustellen. **In diesem harten Kampf um unsere Existenz sehen wir uns nach Beistand um.** Wir sind tief überzeugt davon, daß das friedliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es von unserer Not erfährt. **Das deutsche Heer,** das in der Flanke unseres nördlichen Feindes steht, **besitzt die Macht, uns zu helfen** und durch sein Eingreifen unsere nördlichen Grenzen vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen.

Dies ist, was wir in schwerer Stunde zu sagen hatten, und wir wissen, **daß unsere Stimme gehört werden wird.**

•

Nach einer Meldung des Temps aus Petersburg erklärt man in maximalistischen Kreisen, die **österreichische Regierung** habe den **Volksbeauftragten** angeboten, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zwischen **Nord-Rußland** und der **Ukraine zu vermitteln.** Wien habe sich verpflichtet, die Kiewer Rada zu bedeutenden **territorialen Zugeständnissen** an die Petersburger Regierung zu veranlassen, dagegen verlangt, daß polnische Abgeordnete den Unterhandlungen über die schwebenden Fragen beiwohnen dürften. **Der Rat der Volkskommissare habe nach erregter Sitzung das Wiener Angebot abgelehnt.**

Ein Hilferuf auch der Esten.

Die bevollmächtigten Vertreter der **estnischen Klein-Grundbesitzer der Kreise Dorpat, Fellin, Pernau und des Dorpater Hausbesitzer-Vereins** sind in **Danzig** eingetroffen und haben die **deutsche Regierung** im Namen aller Klein-Grundbesitzer **Nordlivlands** um Hilfe gegen die Schreckensherrschaft der Maximalisten und um **sofortige Besetzung des Landes durch das siegreiche deutsche Heer gebeten.**

Ebenso haben die **Hapsaler Deutschen** und deutschfreundlichen **Esten** Abgesandte an die **deutsche Heeresleitung** mit der Bitte um **schnelle Besetzung des Landes** gesandt, da sonst alles verloren ist.

Ein Notschrei für Finnland.

Die **Hansagruppe** der **deutsch-finnländischen Vereinigung** hat an den Reichskanzler **von Hertling** folgendes Telegramm gerichtet:

Die **rücksichtslose Vergewaltigung Finnlands,** die schon vor dem Kriege immer wieder die Entrüstung der ganzen gesitteten Welt wachgerufen, wird heute weit in den Schatten gestellt durch die **zügellose Bandenherrschaft** der russischen Revolutionsarmee. Einem Lande von jahrhundertelanger alter hoher Gesittung, einem Volke, das mit westlicher, insbesondere auch mit deutscher Kultur innig verwachsen, östlicher Gewaltherrschaft seit langem kraftvoll widerstanden, **droht jetzt blutiger Untergang,** wenn es im Todeskampfe gegen seine Peiniger **allein gelassen** wird. Deutschland, welches anderen unterdrückten Randvölkern Rußlands gegenüber dieser barbarischen Willkür seinen starken Arm geliehen, Deutschland, dem die Geschichte die Aufgabe gestellt hat, in diesem Kriege den um die Ostsee greifenden Ring westlicher Gesittung **zu einem festen Band ewiger Kulturgemeinschaft zu schmieden,** kann diesem Todeskampf nicht tatenlos zusehen. **Deutschland darf es nicht dulden,** daß hier in letzter Stunde unmittelbar vor der Entscheidung dieses Ringens um hohe Menschheitsziele **ein Volk zugrunde geht,** welches seiner Zukunft Glück mit dem Siege der deutschen Waffen zu eng verbunden sieht. Voll tiefster und ernstester Sorge um den Verlust dieser auch für Deutschland unersetzbaren Güter bitten wir daher Eure Exzellenz **um den baldigen kräftigsten Schutz des Deutschen Reiches** gegen die schrankenlose Willkür revolutionärer Wüterheer, die selbst von Rußland freigegebenen, aber zugleich von demselben Rußland freventlich an den Rand des Verderbens gebrachten Finnland.

Hansa-Bund der deutsch-finnländischen Vereinigung.
Dimpfer (Lübeck), v. Donner (Hamburg), Jacobi (Bremen)
Wallroth (Lübeck).

Die Wiener Presse zur Lage im Osten.

Die Wiener Blätter beschäftigen sich mit den deutsch-russischen Beziehungen, besonders mit der amtlichen Mitteilung von der Kündigung des Waffenstillstandes. Das Neue Wiener Tagblatt sagt: Vor kurzem freilich ist nur Deutschland unmittelbar berührt und wird allein versuchen, den entfesselten Brand von seinen Grenzen fernzuhalten und womöglich zu ersticken. Doch neben dem Bundesgenossen, der seine eigene Aufgabe mit eigenen Kräften erfüllt, wird Oesterreich-Ungarn stehen, wie Deutschland die ganze Zeit der schweren Jahre an unserer Seite stand. Die neue Wendung im Osten ändert nichts an der alten Einheitsfront. Die Neue Freie Presse betont, daß die Verschiedenheiten Trotzkis in Brest-Litowsk Deutschland in dem Wunsche bestärken, nicht mehr Grennachbar von Rußland zu sein. Die Randvölker wissen jetzt, daß sie gegen die russischen Eingriffe geschützt sind, wenn sie ihr staatliches Leben beginnen wollen. Deutschland wollte den von Trotzki gewünschten beständigen Waffenstillstand nicht bewilligen. Auch Extrablatt stellt fest, daß der Schritt Deutschlands im vollen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn erfolgte, und drückt die Hoffnung aus, daß die deutsche Erklärung als ernste Warnung an die derzeitigen Machthaber in Petersburg gewiß in Rußland Eindruck machen werde.

Unsichere Lage im Osten.

Im Osten ist nun eingetreten, was nach der Erklärung Trotzkis in der Schlußsitzung in Brest-Litowsk, daß der Kriegszustand zwischen Rußland und dem Vierbunde beendet sei, zwar nicht notwendig eintreten mußte, indessen nach Lage der Sache zu erwarten war, nämlich das Wiederaufleben des Kriegszustandes. Da eine Einigung zwischen den beiden Parteien nicht möglich war, glaubte Trotzki dem Kriege auch ohne Friedensvertrag durch die einfache Beendigung des Krieges ein Ende machen zu können. Die russische Regierung hat in Verfolg der Trotzkischen Erklärung die noch von russischen Truppen besetzten Gebiete geräumt, oder ist im Begriffe, sie zu räumen, Beweis genug, daß die russische Regierung die wirkliche Absicht hatte, dem Kriege mit den Mittelmächten ein Ende zu machen. Wegen der Regelung schwebender Fragen, wie des Gefangenenaustausches, und der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Parteien verwies Trotzki auf den Weg direkter Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen. Der Versuch, mit dem Waffenstillstande in Petersburg aufgenommene Verhandlungen fortzusetzen, ist aber gescheitert, die deutsche Kommission hat Petersburg verlassen.

Die an der Spitze dieses Blattes abgedruckte amtliche Meldung über das Ende des deutsch-russischen Waffenstillstandes und das Ergebnis der Verhandlungen im Hauptquartier ist die logische Folge dessen, was v. Kühlmann bereits in der Schlußsitzung in Brest-Litowsk der Trotzkischen Erklärung entgegen gesetzt hat. Kühlmann analysierte den damaligen Zustand dahin, daß der Vierbund mit der russischen Regierung im Kriege stehe; die kriegerischen Unternehmungen seien durch den Waffenstillstandsvertrag eingestellt worden, würden aber beim Wegfalle dieses Vertrages von selbst wieder aufleben. Der Waffenstillstand sei vereinbart worden **zum Zwecke des Abschlusses eines Friedens. Nach Ablauf des in dem Waffenstillstandsvertrag vorgesehenen Frist würden dnnach die Kriegshandlungen wieder aufleben.** Die Tatsache, daß die eine der Parteien ihre Armeen demobilisiere, würde an dem Wiederaufleben des Kriegszustandes weder tatsächlich noch rechtlich etwas ändern. Ein Merkmal für das Vorhandensein des Friedenszustandes sei das Vorhandensein internationaler Beziehungen, ferner das Bestehen von Rechtsbeziehungen und Handelsbeziehungen. Kühlmann ersuchte deshalb Trotzki, sich zu äußern, ob die russische Regierung beabsichtige, neben der Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes mitzuteilen, wo die Grenzen des russischen Reiches liefen, denn das sei für die Wiederaufnahme der vielerlei Beziehungen ie notwendige Voraussetzung; auch wünschte Kühlmann, daß sich Trotzki erkäre, ob die russische Regierung gewillt sei, die Handelsbeziehungen in demselben Umfange wieder aufzunehmen, wie sich dies aus der Beendigung des Kriegszustandes ergebe. Die Beantwortung dieser Fragen sei wesentlich für die Beurteilung des Problems, ob der Vierbund mit Rußland im Kriege oder im Frieden lebe. Trotzki erklärte aber, auf diese Fragen keine Antwort mehr geben zu können.

Dieser Standpunkt Trotzkis ist zu verstehen, wenn man zurückblickt auf das, was in der Schlußsitzung diesen Erklärungen vorhergegangen war. Kühlmann und Czernin hatten, da keinerlei Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zu erkennen war, die weiteren Erörterungen als unfruchtbar bezeichnet und die Frage aufgeworfen, ob noch ein Weg der Verständigung möglich sei. Trotzki hatte darauf erklärt, daß vom russischen Standpunkte aus die Anwendung, welche die Mittelmächte dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker geben wollen, gleichbedeutend sei mit Ablehnung dieses Grundsatzes. Kühlmann und Czernin haben dies zwar stets bestritten. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Auslegung des Selbstbestimmungsrechts im Sinne der Mittelmächte zu einem Ergebnis führen müßte, das mit dem wirklichen Wollen der russischen Randvölker nicht in Einklang stünde. Was die Mittelmächte mit diesen Völkern vorhaben, ist bisher auch noch mit keiner Silbe verraten worden. Auch ist von den Mittelmächten selbst die Frage nicht beantwortet worden, die sie an Trotzki gestellt haben, nämlich wie die russische Grenze laufen solle. Danach kann man Trotzki nicht Schuld geben an dem Scheitern der Verhandlungen.

Eine andere Frage war es aber, ob es richtig war, dem Kriege ohne weiteres eine Ende zu machen, indem das Ende des Kriegszustandes erklärt und auf einen ausdrücklichen Friedensvertrag verzichtet wurde. Zu einer solchen Erklärung wäre es ganz sicher auch nicht gekommen, wenn die russischen Verhältnisse die Wiederaufnahme des Kriegszustandes zugelassen hätten. Die Trotzkische Erklärung ist als eine Unterwerfung unter die Mittelmächte auf Gnade und Ungnade bezeichnet worden. Richtiger ist es, wenn man die Erklärung betrachtet als die Ablehnung jeder Verantwortung für die Gestaltung der Verhältnisse der Randländer zu den Mittelstaaten. Die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Rußland und den Mittelstaaten ohne besonderen Friedensvertrag aber schuf auch beim besten Willen der Russen, wie Kühlmann zutreffend dargestellt hat, einen ganz unmöglichen Zustand, so lange nicht über die neuen Grenzen die unbedingt notwendigen Vereinbarungen getroffen waren. Das Wiederaufleben des Kriegszustandes war danach ganz selbstverständlich.

Immerhin braucht das Wiederaufleben des Kriegszu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180218-11/fragment/page=0001

des nicht notwendig zur Wiederaufnahme kriegerischer Handlungen zu führen. Wie wird sich nun die fernere Entwicklung der Dinge gestalten? Das läßt sich natürlich nach der amtlichen Erklärung über das Ende des deutsch-russischen Waffenstillstandes nicht ohne weiteres voraussehen. Aber wenn auch die Mittelmächte keine Veranlassung zu einem aggressiven Vorgegen gegen Rußland haben, so wird doch die Politik der russischen Regierung die Mittelmächte am Ende dazu zwingen, auch die Waffen wieder aufzunehmen gegen das zerrüttete Land und das erschöpfte Volk. In die inneren Verhältnisse, das ist von deutscher Seite wiederholt ausdrücklich betont worden, wollen wir uns nicht einmischen. Der Ausgestaltung und Festigung der Errungenschaften der russischen Revolution stände also nichts im Wege. Auch die Schreckensherrschaft, die die Bolschewiki in ihrem Lande aufgerichtet haben, ist eine eigene Angelegenheit Rußlands. Indessen die Russen begnügen sich nicht mit der Festigung der Demokratie, sie wollen auch in der Ukraine und Finnland das bolschewistische System durchsetzen, und zwar mit allen Mitteln des Schreckens und der Gewalt. Die ukrainische Zentralrada hat sich mit einem Rufe um Hilfe an das deutsche Volk gewendet. Sollen nun die Zentralmächte zusehen, wie die Bolschewiki die sozialistisch regierte Ukraine vergewaltigen, um der Welt das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach russischer Weise an einem drastischen Beispiele zu demonstrieren? Der Krieg zwischen Rußland und der Ukraine ist heute nicht mehr ein Krieg zwischen Volksstämmen des alten Rußland, sondern der Krieg Rußlands mit einem ehemaligen Teile Rußlands, dem dieses selbst das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt und das daraufhin seinen Frieden mit dem Vierbunde gemacht hat. Dieser Frieden aber ist es, von dem die Bolschewiki nicht nur aus nationalen, sondern namentlich aus wirtschaftlichen Gründen nichts wissen wollen, d. h. aus Gründen, die die Mittelmächte auf das engste berühren. Wenn die Mittelmächte daher dem Hilferufe der Ukrainer Folge leisten, so ist das durchaus begreiflich, denn das russische Vorgehen gegen die Ukraine bedeutet auch eine wesentliche Beeinträchtigung der Abmachungen mit der Ukraine.

Haben die Streiks die Munitionserzeugung gehemmt?

Aus Bergarbeiterkreisen wird geschrieben: Die kurzen Arbeitsniederlegungen in Berlin und einigen anderen Großstädten und die noch rascher vorübergegangenen Teilausstände auf 25 Gruben des rheinisch-westfälischen Industriebezirks haben der Unternehmerpresse Veranlassung zu einem wütenden Geschrei gegeben. Sie reden von Landesverrat und werfen den Arbeitern vor, daß sie ihren Brüdern an der Front in den Rücken gefallen seien und den Feinden Vorschub geleistet hätten. Zur Strafe möchten sie am liebsten gleich wieder ein Sozialistengesetz einführen, mindestens aber die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung bereiteln.

Nun sind wir die letzten, welche die Gefahren großer politischer Streiks in Kriegszeiten verkennen. Aber gegenüber den kapitalistischen Soldschreibern muß doch festgestellt werden, daß gerade die Ausstände der Bergarbeiter rein wirtschaftlicher Natur waren und sich in nichts von den Lohnstreitigkeiten unterschieden, die während des Krieges in Rheinland-Westfalen schon zahlreich ausgefochten worden sind. Die Bergarbeiter verlangten einfach mehr Lohn und mehr Lebensmittel, um die schwere Zeit der Teuerung und des Mangels arbeitskräftig überstehen zu können.

Bei den politischen Streiks in den Großstädten mag man über die Beweggründe und Anschauungen der Streikenden denken, was man will; die Tatsache sollte man jedenfalls nicht verschleiern, daß irgend ein wirklicher Schade an der Rüstungsarbeit durch diese Bewegung nicht eingetreten ist. Nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht eintreten konnte! Zum Beweise genügt der Bericht über die industrielle Marktlage in Nr. 33 der Deutschen Bergwerkszeitung vom 8. Februar d. J.

Unter dem Kapitel Der Ruhrkohlenmarkt wird dort folgendes ausgeführt:

Die Förderung hat bei 26 Arbeitstagen im Januar wieder ein günstiges Ergebnis erreicht. Da über ½ Millionen Tonnen Brennstoffe nicht abgefahren werden konnten, sind die Lagerbestände auf den Zechen jetzt auf mehr als 3 Millionen Tonnen angewachsen. Hiervon entfallen etwa 1¼ Millionen Tonnen auf Kohlen und über 1¾ Millionen Tonnen auf Koks. Wenn eine Besserung im Versande eintritt, können diese gewaltigen Vorräte diese Lücken im Verbrauche ausfüllen. Der milde Winter hat bisher die Klagen über die in vielen Teilen Deutschlands ungenügende Versorgung mit Hausbrand verstummen lassen. Sollte in den nächsten Wochen kein starker Frost mehr eintreten, so genügen viel geringere Mengen von Hausbrandbrennstoffen, um den Anforderungen im allgemeinen zu entsprechen.

Millionen von Tonnen Kohlen liegen nach der Bergwerkszeitung also auf Lager. Nur an der Wagengestellung mangelt es, sonst könnten diese gewaltigen Vorräte diese Lücken füllen. Damit ist bewiesen, daß die Vorwürfe gegen die Arbeiterschaft eitel Spiegelfechterei sind. Wenn es bei Werken der Rüstungsindustrie an Kohlen mangelt, tragen nicht ausständige Bergarbeiter, sondern ganz andere Stellen die Schuld. An diese möge man sich wenden!

In dem Bericht Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt heißt es:

Die Lage des Marktes weist gegen den Vormonat insofern eine Besserung auf, als die Produktionsmöglichkeiten sich wieder gesteigert haben. Der Wagenmangel ist zwar noch nicht so weit beseitigt worden, daß von einigermaßen normalen Verhältnissen gesprochen werden kann, aber die Zufuhr von Kohlen erfolgt unter dem Einfluß der besseren Ausnutzungsmöglichkeit der Kanal- und Flußschiffahrt doch wieder so, daß nur noch partielle Betriebsstörungen zu verzeichnen sind. Infolge des Umstandes, daß infolge der unzureichenden Anlieferungen von Kohle die Werke vielfach nur Teile der Anlagen in Betrieb halten konnten, sind sie mit ihren Ablieferungen sehr in Rückstand geraten.

Nicht wegen Mangels an Arbeitskräften konnten demnach nur Teile der Anlagen in Betrieb gehalten werden, sondern wegen Mangels an Kohlen, die in Millionen von Tonnen auf den Gruben der Abfuhr harren.

Vielleicht sehen aber auch die Beherrscher des Eisenmarktes diesen Zustand gar nicht ungern, begründen sie doch mit den Transportschwierigkeiten ihre Forderung auf Erhöhung der jetzigen Höchstpreise. Die Bergwerkszeitung berichtet darüber:

Nun haben aber die schwierigen Transportverhältnisse im Winter eine so erhebliche künstliche Steigerung der Selbstkosten neben der normalen Erhöhung durch Anwachsen der Löhne und Materialkosten gebracht, daß die Ergebnisse bei vielen Hüttenwerken tatsächlich einen scharfen Rückgang erfahren haben. Vielleicht ebnet dieser Umstand den Wünschen auf Erhöhung der Preise den Weg zum Erfolg um so eher, als mit einer Steigerung der Kohlenpreise ab 1. April mit großer Wahrscheinlichkeit gerechnet werden muß. Der Effekt aus der Erhöhung der Eisenpreise würde übrigens für die Werke sofort in die Erscheinung treten, da die Weserungsnotierungen die Klausel enthalten, daß bei der Ausführung der Spezifikation nicht der Abschluß- sondern der jeweilige Marktpreis in Anrechnung gebracht wird.

Die Herren Gruben- und Schlotbarone treffen also zwei Fliegen mit einem Schlag. Sie haben plausible Gründe für Erhöhung der Eisenpreise gefunden, und auch die Kohlen würden im April preiswerter abgesetzt werden, dabei sparen sie durch den Ausstand Feierschichtenentschädigungen, die in Aussicht standen, und haben einen willkommenen Anlaß gefunden, ihren reaktionären Gelüsten freien Lauf zu lassen.

Gibt doch die Bergwerkszeitung unumwunden zu, daß die partiellen Ausstände die Produktion nicht beeinträchtigten, indem sie schreibt:

Von den Arbeiterunruhen ist die rheinisch-westfälische Schwerindustrie fast ganz verschont geblieben oder doch nur zu einem unbedeutenden Prozentsatz berührt worden. Die Produktion konnte durch die partiellen Ausstände um so weniger beeinträchtigt werden, als die Werke durch die unzureichende Anlieferung von Brennmaterial in der Ausnutzung aller Arbeitskräfte behindert waren. Heute bietet der Bezirk wieder das normale Bild.

Die Streiks haben also in keiner Weise die Produktion beeinträchtigt, da die Werke sowieso wegen Kohlenmangels nicht voll arbeiten konnten. Auch der Kohlenmangel hatte aber nichts mit ungenügender Förderung zu tun, sondern war nur durch die Transportschwierigkeiten verschuldet. Unter diesen Umständen sollte man die Hetze gegen die Arbeiter lassen, die in letzter Zeit unbeschreibliche Dimensionen angenommen hat, sollte davon abstehen, sie noch mehr zu verbittern, und lieber dafür sorgen, daß sie die Möglichkeit des körperlichen und seelischen Durchhaltens bewahren.

Eine Rede Hendersons für den demokratischen Sozialismus.

Henderson hielt in Westbroniß am 9. Februar eine bemerkenswerte Rede über die Zentralorganisation der englischen Arbeiterpartei, deren Satzungen, wie er hoffe, von der Parteiversammlung am 26. Februar werde angenommen werden. Vermutlich, so führte er aus, würden zwischen Juli und September Neuwahlen für das Parlament abgehalten werden, denen angesichts der Tatsache, daß das neue Wahlgesetz die Wählerschaft von acht auf über sechzehn Millionen Stimmen erhöht habe, eine ganz besondere Wichtigkeit zukomme. Die Arbeiterpartei, die in drei bis vierhundert Wahlkreisen Kandidaten aufstellen werde, habe die Pflicht, an den großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufgaben der Uebergangszeit nach dem Kriege mit der größten Tatkraft mitzuarbeiten. Sie werde sich mit keinem Kompromiß begnügen, sondern darauf bestehen, daß der Volkswille nicht länger eine leere Phrase sei. Die Mehrheit des Volkes sehe heute ein, daß von den alten Schlagwörtern der traditionellen Parteien nichts mehr zu erwarten sei, und erhoffe von der neuen Staatskunst eine Wiedergeburt der Gesellschaft. Die alte politische Ordnung müsse einer neuen Platz machen, die im Zeichen einer neuen lebendigen Volkspartei entstehen werde, die in Wirklichkeit eine Regierung des Volkes für das Volk und durch das Volk anstrebe.

Diese neue Partei werde die Arbeiterpartei sein, wobei aber unter Arbeitern nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Kopfarbeiter verstanden würden. Die Partei werde allen offen stehen, die wirklich arbeiteten, selbst wenn sie Lords wären. Sobald aber die Arbeiterpartei eine starke Macht im Unterhause geworden sei, werde sie dafür sorgen, daß die Arbeiter die ganze Frucht ihrer Tätigkeit erhielten. Sie würden sich nicht länger mit den Brosamen begnügen, die von den Tischen der Produzenten fielen. Sie verlangten völlig gleichmäßige Verteilung der Früchte der Arbeit, die auf der Grundlage eines gemeinsamen Beitrages der Mittel der Produktion möglich sei. Sie forderten das denkbar beste System einer volkstümlichen Verwaltung und die Kontrolle über jede Industrie. Sie strebten mehr nach industrieller Demokratisierung, als nach Verstaatlichung. Die Arbeiterpartei werde nicht zulassen, daß man von der während des Krieges eingeführten Kontrolle über die großen Industrien und die Dienstleistungen durch die Nation einen Schritt zurückgehe. Das kapitalistische System der Erzeugung müsse so gewandelt werden, daß es zugunsten der Menge, nicht zum Privatvorteil weniger gereiche.

Für den Sozialismus in Norwegen.

Die sozialdemokratische Partei der Storthingsgruppe und die Gewerkschaften Norwegens haben einen gemeinsamen Aufruf zugunsten einer weitgreifenden Staatswirtschaft auf dem Gebiete des Lebensmittelwesens erlassen, in dem unter anderem gefordert wird: Bestandsaufnahme und Beschlagnahme aller Gegenstände des täglichen Bedarfs, um eine restlose Staatskontrolle über ihre Produktion durchzuführen, Erfassung aller Lebensmittel und gerechte Verteilung. Selbsterzeugung und Einfuhr von Lebensmitteln sollen planmäßig gefördert werden. Zu diesem Zweck sollen auch alle Waffenübungen eingestellt und die Neutralitätswache aufs äußerste eingeschränkt werden. Grundbesitz, den die Privateigentümer nicht genügend ausnützen, soll vom Staate oder den Gemeinden übernommen werden. Endlich werden öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Staatsbeihilfen für den Bau von Arbeiterwohnhäusern gefordert.

Ukrainischer Frauenkongreß in Kiew.

Auf dem ersten ukrainischen, in Kiew soeben abgehaltenen Frauenkongreß wurden unter anderm folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Versammlung der ukrainischen Frauenorganisationen verlangt eine demokratische Herrschaft für die ukrainische Republik.
2. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß der Wille des Volkes nur durch die ukrainische Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht werden kann.
3. Die Versammlung fordert von der republikanischen Regierung die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes für die kleineren, die Ukraine bewohnenden Völker. Die Versammlung wünscht mit anderen Nationen im besten Einvernehmen zu leben, soweit sie den Interessen der Ukraine nicht schaden werden.
4. Die Versammlung fordert die Aufhebung der Vormundschaft über Witwen und Kinder, da diese die Würde der Frau in den Augen der Kinder erniedrigt.
5. Die Versammlung fordert die ganze Bevölkerung auf, sich der schwangeren Frau anzunehmen, sie zu schützen und vor anstrengender Arbeit zu bewahren, da die Folgen sowohl für die Frau, wie für die Nachkommenschaft nachteilig sind.

Zum Schluß hat die Versammlung verschiedene Beschlüsse über den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten gefaßt.

Große Revolten in Astrachan.

Die Bevölkerung in Astrachan, die bisher eine relative Ruhe bewahrt hatte, veranstaltete im Laufe der Woche, wie der Korrespondent der Telegraphen-Union aus Petersburg erfährt, große Kundgebungen und Umzüge, die schließlich einen blutigen Verlauf nahmen und mit einer ausgesprochen feindlichen Stellung gegen die Bolschewiki endigten. Unter den vom Hunger gepeitschten Einwohnern, verbreitete sich die Kunde, daß der Astrachaner Sowjet große Mengen Lebensmittel versteckt hatte. Eine vielhundertköpfige Menge zog in drohender Haltung nach dem Rathaus, drang in das Innere ein, durchsuchte alle Zimmer, und fand schließlich einige Pfund Zucker, Tee und Proben von Mehl und Reis. Diese vorgefundene Ware wurde durch das Fenster der unterstehenden Menge gezeigt und im Nu entbrannte diese von Haß und Zorn gegen die Bolschewiki-Beamten. Man suchte schleunigst die Privatadressen der Beamten und veranstaltete bei ihnen gründliche Haussuchungen, wobei wirklich große Lebensmittellager entdeckt wurden. Die Beamten wurden verhaftet und schwer mißhandelt, einige von ihnen von dem Pöbel getötet. In einer Versammlung wurde beschlossen, die Verwaltung der Stadt aus den Händen der Bolschewiki zu reißen, da unter ihnen viel größere Spitzbuben als unter der Herrschaft des Zaren seien.

Rußlands innere Kämpfe.

Nach einem veröffentlichten Erlasse werden alle Gutshaben von den alten Privatbanken auf die nationale Staatsbank der russischen Republik übertragen auf Grundlage völliger Beschlagnahme. Alle Bankaktien werden als ungültig erklärt und die Zahlung der Dividenden aufgehoben.

Gemäß den Steuervorschlägen werden die Pferdebesitzer vom dritten Pferde an 100 Rubel für das Stück bezahlen. Diejenigen, welche im Jahre 1917 mehr als 25 Dessiatinen landwirtschaftliche Fläche besaßen, zahlen 100 Rubel vom 6 Dissiatine ab. Die Besitzer von Aktien, Zinspapieren und Obligationen, die mehr als 10 000 Rubel betragen, zahlen 20 Prozent des Gesamtbetrages und von 100 000 Rubeln ab 40 Prozent. 25 Prozent der Steuern auf Pferde und Grundstücke werden zugunsten der Grundbesitzauschüsse und Sowjets abgezogen. Die Erhebung der Steuer findet zwischen dem 1. Februar und dem 15. März statt. Steuerrückständige bezahlen das Doppelte. Ein Ergänzungsentwurf erhebt ferner auf Rindvieh 50 Rubel vom 4. Stück ab, auf Schafe 10 Rubel vom 5. Stck ab und auf Schweine 20 Rubel vom 3. Stück ab.

Auf Befehl der Moskauer Untersuchungskommission ist der Kommandant des Moskauer Militärbezirks Oberst Kostjuyn in seiner Privatwohnung verhaftet worden. — Der Direktor der Staatssparkassen, Anosaw, der in Petersburg verhaftet wurde, ist nach dem Gefängnis Krewny gebracht worden. In Petersburg ist auch der General Baranowski verhaftet worden.

Der Matin bestätigt, daß man in Petersburg von der Einnahme der Städte Smolensk und Witebsk durch die polnischen Regimenter benachrichtigt worden ist.

Nach der Vernichtung des Tolstoi gehörigen und jetzt durch seine Witwe verwalteten Gutes Jasnaja Poljana hat eine Bande das Grabdenkmal Tolstois vernichtet und den Sarg geöffnet, in der Hoffnung, darin wertvolle Juwelen zu finden. Der Sarg wurde herausgeholt und nach der Durchsuchung vor dem Grabe stehen gelassen.

Iswestija erklärt in einem eXiltarikkel, General Alexejew habe den Kampf nicht nur gegen die Bolschewisten an sich, sondern im Namen der Wiederherstellung der Monarchie aufgenommen. Die Nachricht der Einnahme von Woronesch durch die Truppen Alexejews wird bestritten; es heißt, die Kämpfe fänden 300 Werst südlich Kamenskaja statt.

Der Krieg zur See.

Berlin, 16. Februar. (Amtlich.) 1. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar haben abermals leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug in den östlichen Teil des Aermelkanals durchgeführt. Die bisherige umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover—Calais und in der Linie Kap Griz Nez—Folkestone war nicht mehr vorhanden. Nur vor Dover wurde ein Vorpostendampfer angetroffen und durch Geschützfeuer versenkt. Unsere Streitkräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt.

2. Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den südlichen Hoofden englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam fahrenden Geleitzug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant z. S. d. Res. Christiansen brennend zum Absturz gebracht.

3. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden von unseren U-Booten 6 Dampfer versenkt, darunter zwei mittelgroße Tankdampfer, dicht unter der englischen Ostküste.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 17. Februar. Amtlich. Im westlichen Mittelmeer wurden vier bewaffnete Dampfer und zwei Segler mit rund 29 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet. Hierdurch wurden hauptsächlich italienische Reedereien geschädigt, die dabei drei Dampfer und zwei Segler verloren und zwar die Dampfer Participation (2438 Br.-R.-T.) mit Apfelsinen nach Liverpool, Caprera, 5040 Br.-R.-T.) und ein unbekannter italienischer Dampfer von etwa 8000 Br.-R.-T. sowie die Segler Emma Felice und Agnese Madre mit Farbrinde. Der vierte versenkte Dampfer war der englische Truppentransportdampfer Minnetonka (13 528 Br.-R.-T.).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 16. Februar. (Amtlich.) Ein feindliches Tauchboot eröffnete heute morgen um 12 Uhr 10 das Feuer auf Dover und verschoß ungefähr 30 Granaten in 3—4 Minuten. Ein Kind wurde getötet, 3 Männer, eine Frau und 3 Kinder wurden verwundet. Einige Häuser wurden nicht ernstlich beschädigt.

Neues zur Weltlage.

Aus Wien wird gemeldet: Die fortwährende drohende Haltung der Polen hat in den leitenden Kreisen der Mittelmächte einen Gesinnungswechsel herbeigeführt. Die Möglichkeit, daß das neue Rußland mit einwigen Hintergedanken sich in Polen der Führung bemächtigt und mit den Tschechen Großböhmens Politik treibt, will man nun verhindern. Vielleicht werden die selbständigen Republiken Livland, Estland, Litauen und die Ukraine, die zu den Mittelmächten in ein freundliches Verhältnis treten werden, sich vollends von Rußland abschließen. Auch an strategische Sicherungen an der Weichsel-Narew-Linie wird gedacht. Die Vereinigung von Kongreßpolen mit Westgalizien fällt dann ebenfalls fort. Sollten die galizischen Polen zur staatsfeindlichen Opposition übergehen, so soll durch eine Aenderung der Wahlordnung Galiziens Abhilfe geschaffen werden, wo bisher die Polen sehr begünstigt waren und nun die Ukrainer und die Juden die Stützen der österreichischen Regierung bilden würden. Graf Czernin möchte zwar an der austro-polnischen Lösung festhalten, steht aber hiermit in der Monarchie fast ganz allein und man kann sagen, wenn bei den Polen nicht in letzter Stunde ein Umschwung eintritt, so ist die ganze Kombination erledigt.

Aus Toelgyeser Bezirken sind auf den ukrainischen Sonderfrieden hin die russischen Truppen abgezogen, so daß nun auch die äußere östliche Ecke Siebenbürgens und damit der ungarische Boden überhaupt vom Feinde befreit ist.

In Petersburg kursieren Nachrichten, denen zufolge Rußland wiederum neue Kredite für die Bestellungen im Ausland erhalten soll. Falls Rußland den Verbündeten besondere Versprechungen in bezug auf seine Haltung gegenüber Deutschland gibt, werde es in den nächsten Tagen schon von England eine Anleihe von 20 Millionen Pfund Sterling als erste Rate erhalten können.

Der englische Arbeitsminister Roberts gab in einer Versammlung, in der die Nation zur Einigkeit, die mehr denn je notwendig sei, aufrief, die Erklärung ab, daß wohl jeder Teil der Nation Interesse am Frieden habe, aber kein Teil der Nation das Recht habe, die Friedensverhandlungen zu komplizieren, indem er Verhandlungen mit Vertretern eines Teiles der Bevölkerung eines feindlichen Landes einleite. Diese Erklärung ist wichtig im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz der alliierten Sozialisten in London am 20. Februar, die voraussichtlich von neuem für eine Sozialistenkonferenz aller kriegführenden Länder eintreten wird.

Von England geht jetzt ein Ruf aus, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland aufrechterhalten werden müssen. In den russischen Kreisen wird hartnäckig die Kunde verbreitet, daß Buchanan, der angeblich seinen Posten in Petersburg krankheitshalber verlassen hatte, die englische Botschaft in Rußland aufs neue übernehmen wird.

Das ukrainische Informationsbureau meldet: Der Kriegszustand wurde von dem Kommandanten der Kiewer Garnison in Kiew und auf der Eisenbahnstrecke Kiew—Poltawa erklärt. Kiew ist überfüllt mit ukrainischen Truppen, welche an die bolschewistische Front abziehen. Alle Nachrichten von einem Vorrücken der Bolschewiki sind erlogen. In Kiew herrscht vollständige Ruhe. Die Zentralrada tagt regelmäßig. Die Schwarze-Meer-Flotte soll in ukrainische umgetauft werden. Die Flotte hegt keine bolschewistischen Sympathien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180218-11/fragment/page=0002

Kriegsentschädigung und Kriegsverlängerung.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr wachsen die Kriegsschulden an. Und um so höher die Kriegsschulden, um so höher natürlich die Zinsenlast, die das Reich nach dem Kriege zu tragen hat. Je höher aber die Zinsenlast, um so brennender wird die Deckungsfrage, eine Frage, die natürlich die Bundesstaaten auf das engste berührt, weil es nicht zu umgehen ist, daß sie mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen werden. Es vergeht deshalb auch, möchte man sagen, kein Tag, an dem nicht in irgend einem Bundesparlamente die Deckungsfrage in dem Sinne erörtert würde, daß die Bundesstaaten möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden und Steuerquellen, die nach der Bundesstaatsverfassung den Bundesstaaten zu verbleiben haben, möglichst unberührt bleiben. Daß dies nicht in vollem Umfange möglich sein wird, darüber sind sich auch die ärgsten Finanz- und Steuerpartikularisten im klaren. Wer aber etwas weiter sieht, ist auch nicht im Zweifel darüber, daß es ohne starke Inanspruchnahme der direkten Steuern durch das Reich — Reichseinkommensteuer, Reichsvermögenssteuer, auch Verschärfung der Reichserbschaftssteuer — nicht abgehen wird. Dieser Erkenntnis hat sich nicht einmal der bekannte freikonservative Politiker Frhr. Octavio von Zedlitz verschließen können, der für den Staatshaushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses einen Antrag vorbereitet hat, durch den die Bundesstaaten unter Zusicherung entsprechender landesherrlicher Besteuerung des Besitzes einen Teil der Kriegslasten des Reiches übernehmen sollen. Damit wären zwar die direkten Staatssteuern vermieden, dafür aber die Bundesstaaten direkt zu Lasten des Reiches angespannt. Mit einer solchen Lösung der Steuerfrage war natürlich an der Sache gar nichts geändert, die angeblich gefährdete Bundesstaatsverfassung bliebe dabei zwar intakt, aber ihren Anteil an der Reichssteuerlast hätten die Bundesstaaten doch. Und das ist es doch, was sie vermeiden wollen.

Im sächsischen Landtage hat der Finanzminister Dr. v. Seydewitz in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 7. Februar zum soundsovielten Male über die künftige Reichssteuerpolitik gesprochen und erklärt, daß die direkten Steuern unbedingt den Bundesstaaten verbleiben müßten. Da er aber nur zu gut weiß, daß das Reich gar nicht in der Lage ist, die Kriegsschulden allein zu verzinsen und zu tilgen, so verbleibt für ihn keine andere Möglichkeit als eine Kriegsentschädigung. Das Ausfallen einer Kriegsentschädigung betrachtet er als ein Unglück für das Reich und das Land. Inzwischen ist mit der Ukraine der erste Frieden ohne eine Kriegsentschädigung abgeschlossen worden. Daß auch ein künftiger Frieden mit dem Vierbunde kein anderes Ergebnis bringen wird, ist um so sicher, je länger der Krieg dauert.

Die Erkenntnis, daß die Aussichten für eine Kriegsentschädigung immer zweifelhafter werden, dringt selbst in Kreise, in denen dies zu allerletzt zu vermuten wäre. In der Kammer der bayrischen Reichsräte stand dieser Tage eine Interpellation des Grafen Preysing auf der Tagesordnung, durch die der Herr Graf erfahren wollte, wie die Staatsregierung sich die durch die Kriegslasten geschaffene finanzielle Gesamtlage im Reiche in ihrer Rückwirkung auf die Bundesstaaten vorstelle. Graf Preysing berechnete in der Begründung seiner Interpellation die Gesamtsumme der Reichsschulden, wenn wir jetzt Frieden schließen, auf 130 Milliarden Mark und einer Gesamtsteuerbelastung im Reiche von 19,6 Milliarden Mark, d. h. mit dem vierfachen Steuerbetrage wie im Frieden. Man kann es verstehen, wenn von rechts und links unter der Voraussetzung, daß eine Kriegsentschädigung ausbleibe, Vorschläge zur Deckung des Bedarfs gemacht worden seien, die sämtlich als Haupt- und Mittelstück eine Vermögenskonfiskation im Minimum von 40 bis 50 Milliarden aufwiesen. Wenn es nicht gelinge, die Lasten teilweise auf unsere Feinde abzuwälzen, würde auch weiter nichts übrig bleiben als eine solche Vermögenskonfiskation. Man kann die Neugier begreifen, wie sich die Bundesregierungen die Lastendeckung beim Ausbleiben einer Kriegsentschädigung vorstellt. Der Finanzminister v. Breunig erklärte, daß er über die bisherigen Pläne zur Deckung der Fehlbeträge für 1918 nicht näher eingehen könne, bemerkte aber, daß er bei einer weiteren kurzen Kriegsdauer mit etwa 14 Milliarden dauernder Ausgaben rechne, zu deren Deckung eine Ausdehnung des Kriegssteuergesetzes auf das Jahr 1917 und die erste Zeit nach Friedensschluß notwendig sein werde; andernfalls müßte ein ziemlich erheblicher Betrag von neuen Steuern im laufenden Jahre bewilligt und ein großer Rest in naher Zukunft beschafft werden. Unter solchen Umständen sei es für den Reichsschatzsekretär und jeden bundesstaatlichen Finanzminister von besonderem Werte, einen entsprechenden Beitrag zur Abbürdung dieser Lasten vom Gegner zu erlangen. Einen Trost für diese unerfreulichen Aussichten erblickte der Minister darin, daß die Gegner noch mehr Schaden haben als wir und im Falle der Fortsetzung des Krieges auch noch weit höhere Aufwendungen würden machen müssen.

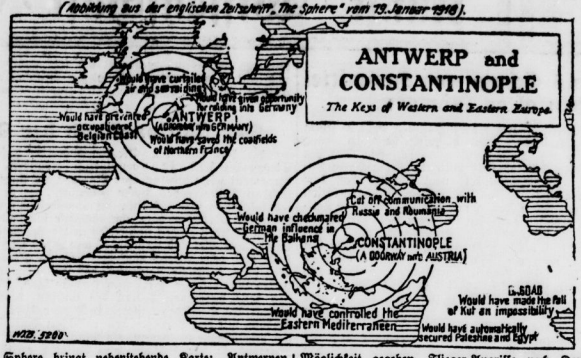
Bemerkenswert war nun die folgende Aussprache. Reichsrat Oskar v. Müller führte aus, Graf Preysing habe die Finanzlage so geschildert, als ob Bayern und das deutsche Volk vor dem finanziellen Ruin ständen. Wenn aber die Steuern richtig verteilt würden, seien die finanziellen Verhältnisse nicht so schlimm. Für das Wirtschaftsleben Deutschlands sei es das wichtigste, daß wir sobald als möglich wieder zur Arbeit zurückkehren und wirtschaftliche Verbindungen mit dem Auslande anknüpfen könnten. Dann werde die kommende Zeit nicht finanziellen Ruin, sondern wirtschaftlichen Aufschwung bringen. Reichsrat Graf Törring wies darauf hin, daß nach den bestimmten Erklärungen der Reichsregierung auf der Forderung einer Kriegsentschädigung nicht bestanden werde. Deshalb erscheine es nicht angezeigt, bei Besprechung der Frage der Kriegskostendeckung einen Einnahmeposten von so zweifelhafter Möglichkeit in die Besprechung einzubeziehen. Es bestehe kein Zweifel, daß unsere Gegner nicht die Absicht haben, einen Frieden auf der Grundlage einer Kriegsentschädigung zu schließen. Wenn wir auf der Einsetzung einer solchen Forderung bestehen bleiben, würde nichts weiter übrig bleiben, als den Krieg weiter zu führen. Ein baldiger ehrenvoller Frieden müsse angestrebt werden. Darunter verstehe er nicht einen Friedensschluß, wie ihn die Alldeutschen verlangen, mit Annexionen und Entschädigungen, **sondern einen Friedensschluß, der uns mit den Gegnern zusammenführe, und die Garantie biete, daß wir in absehbarer Zeit wieder in die Höhe kommen. Es dürfte Aufgabe und Pflicht aller vernünftig denkenden Staatsmänner sein, alles zu vermeiden, was die Möglichkeit eines solchen Friedens hindere.** Aehnlich bemerkte Reichsrat Frhr. von und zu Franckenstein, es dürfte im ganzen Deutschen Reiche nur wenige geben, die so kriegerisch gesinnt seien, um zu sagen, es müsse so lange weiter gekämpft werden, bis wir eine Kriegsentschädigung erhielten. Gemeinzuiel aber vernünftigen Deutschen sei es, daß ein baldiger Friedensschluß in hohem Maße wünschenswert sei. Es sei also nicht unsere Schuld, daß der Krieg weiter gehe.

Solche Ansichten stechen geradezu wohltuend ab von den Reden, die man im sächsischen Landtage und in anderen Parlamenten fortgesetzt hören muß über die Notwendigkeit von Kriegsentschädigungen, wenn wir nicht zugrunde gehen sollen. Die Müller, Törring und Franckenstein legen ganz mit Recht das Hauptgewicht darauf, daß wir aus dem Kriegselend heraus und wieder in geordnete wirtschaftliche Verhältnisse kommen. Und ebenso richtig ist es, daß das Festehen auf einer Kriegsentschädigung aus den angeführten Gründen nur darauf hinaus laufen kann, den Krieg zu verlängern. Nicht richtig aber ist die Meinung, daß es im Deutschen Reiche nur wenige Politiker gäbe, die unbedingt auf einer Kriegsentschädigung bestehen, selbst auf die Gefahr der weiteren Dauer des Krieges. Wer auf einer Kriegsentschädigung besteht, ist eben — wollend oder nicht wollend — für die Fortsetzung des Krieges.

Aus alledem ergibt sich aber, daß wichtiger als die Frage, wie die Kriegskosten zu decken seien, die baldige Beendigung des Krieges ist. Dazu gehört aber ein klares Programm der Reichsregierung über die Kriegsziele. Bekanntlich hat die Reichsregierung ihre für einen allgemeinen Friedensschluß in Brest-Litowsk aufgestellte Formel: ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen, nach dem Ablauf der für den Eintritt in allgemeine Friedensverhandlungen gestellten Frist ausdrücklich zurückgenommen. Die Reichsregierung behält sich also das Recht auf Eroberungen und Kriegsentschädigungen vor. Sie trägt damit aber nicht nur wesentlich zur Verlängerung des Krieges bei, sondern schädigt auch unser Wirtschaftswesen und unsere Finanzwirtschaft nach dem Kriege.

Wie die Engländer die Bedeutung von Antwerpen und Calais einschätzen.

(Abbildung aus der englischen Zeitschrift „The Sphere" vom 19. Januar 1918).



Die Londoner Sphere bringt nebenstehende Karte: Antwerpen und Konstantinopel — die Schlüssel zum westlichen und östlichen Europa. Die konzentrischen Kreise zeigen die ungeheure Bedeutung, die diese großen Städte nach den in diesem Kriege gemachten Erfahrungen besitzen.

Antwerpen:

Der Besitz der Stadt hätte die Besetzung der belgischen Küste verhindert, hätte die Kohlendistrikte Nordfrankreichs geschützt, hätte die Möglichkeit gegeben, Flieger-Angriffe nach Deutschland zu machen, hätte Angriffe zur See und aus der Luft verhindert.

Konstantinopel:

Der Besitz der Stadt hätte den deutschen Einfluß auf dem Balkan ausgeschaltet, hätte das östliche Mittelmeer unter Kontrolle gehalten hätte die Verbindung der Türkei nach Rußland und Rumänien abgeschnitten, hätte den Fall Kut-el-Amaras unmöglich gemacht, hätte automatisch Palästina und Aegypten gesichert.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 17. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und im Artois vielfach aufsehender Feuerkampf. In kleineren Infanteriegefechten bei Cherisy und südlich von Marcoing wurden Gefangene eingebracht.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Bei Tahure und Ripont, auf dem östlichen Maas-Ufer und im Sundgau zeitweilig erhöhte Gefechtstätigkeit.

*

Unsere Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dünkirchen, sowie feindliche Seestreitkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Großrussische Front.

Der Waffenstillstand läuft am 18. Februar 12 Uhr mittags ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Dr. Solf über die Kolonialfrage.

Der Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts, Dr. Solf, hielt am Sonnabend vor der Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag über die deutschen Missionen und benutzte diese Gelegenheit zu einer erneuten Darlegung der kolonialen Kriegsziele Deutschlands.

Das Ziel der Reichsleitung sei die Wiedererlangung des deutschen Kolonialbesitzes und seine Ausgestaltung zu einem widerstandsfähigen und wirtschaftlich leistungsfähigen Gebilde. Sie sehe es als ihre besondere Aufgabe an, der den Frieden Europas gefährdenden Militarisierung Afrikas mit allen Kräften entgegen zu arbeiten. Der Staatssekretär trat für eine gerechte Neuverteilung des kolonialen Besitzstandes aller Nationen in Afrika ein und bezeichnete als Maßstäbe für diese Neuverteilung vom machtpolitischen Standpunkt aus das Verhältnis der physischen Kräfte der beteiligten Staaten und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus das Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit. Er betonte ferner, daß bei der notwendigen Abschätzung der Ansprüche auf Mitarbeit an der Erziehung und Förderung der eingeborenen Rassen die kulturelle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Kolonialmächte maßgeblich berücksichtigt werden müsse. Ein Hinweis auf die übergroßen Besitzungen Frankreichs, Portugals und Belgiens genüge, um klar erkennen zu lassen, daß die gegenwärtige Besitzverteilung diesen gerechten Maßstäben nicht entspreche. Beim Friedensschluß müsse eine diesen Maßstäben besser gerecht werdende Umlegung der Kolonien vorgenommen werden. Nur dadurch könne der internationale Ausgleich erzielt werden, der die Möglichkeit zu künftigen Konflikten beseitige. Mit der Hoffnung, daß in einem solchen größeren deutschen Kolonialreiche auch die deutschen Missionen zu erweiterndem Wirken neu aufblühen werden, schloß Dr. Solf seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein Merkzettel für das Zentrum.

Am Donnerstag unterlag bei der Reichstagsersatzwahl in Koblenz-St. Goar der offizielle Zentrumskandidat Generalleutnant z. D. Freiherr von Steinäcker gegen den Pfarrer Greber, der als Gegenkandidat gegen den General aufgetreten war, weil dieser stark annexionistisch auftrat. Die Eigenschaft als offizieller Zentrumskandidat schützte den General von Steinäcker nicht davor, daß die Wähler, welche eine klare und folgerichtige Friedenspolitik wünschen, ihm eine sehr deutliche Abfuhr erteilten. So beweist der Wahlausfall in Koblenz-St. Goar fast noch deutlicher als der in Bautzen, daß die alldeutsche Politik bei der Mehrheit des deutschen Volkes auf keinerlei Gegenliebe stößt.

*

Bolschewiki und deutsche Sozialdemokratie.

Das Berliner Mitteilungsblatt der Unabhängigen wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie erst den Bolschewiki durch Ebert und Scheidemann ihre Solidarität zum Friedensprogramm und Friedenswerk zugesichert habe und sie jetzt durch Otto Braun aufs heftigste tadle und angreife.

Der Tatbestand ist an sich richtig. Aber das Mitteilungsblatt übersieht dabei, daß ursprünglich die Bolschewiki das Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur Loslösung von Rußland anerkannten und mit der Konstituante regieren wollten. Jetzt regieren sie mit den Bajonetten der Roten Garden und erklären es für berechtigt, das Verbleiben der Grenzvölker im russischen Föderativverband nötigenfalls durch Waffengewalt zu erzwingen; nicht die Sozialdemokratie hat sich geändert, sondern die Bolschewiki-Politik.

*

Der Stettiner Volksbote verboten. Wegen einer Nachricht aus Köln, die besagte, daß eine Versammlung mit dem Genossen Meerfeld als Referenten aufgelöst worden sei, hat die Stettiner Zensurbehörde unser dortiges Parteiblatt, den Volksboten, auf drei Tage verboten.

Letzte Nachrichten.

Wien, 16. Febr. Ein Diplomat, der auch an den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilgenommen hatte, erklärte, daß bei der Beurteilung der zu fischen Frage zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn keine Meinungsverschiedenheiten herrschten; Oesterreich-Ungarn aber in zweiter Reihe interessiert sei, daß es mit Rußland keine gemeinsame Grenze mehr habe. Sollte sich Deutschland zu einer Offensive gegen die Bolschewiki veranlaßt sehen, so würden wir im Einverständnis mit Deutschland lediglich darum nicht daran teilnehmen, weil wir an der Nordfront überhaupt keine Truppen mehr haben. Für uns wäre ein Angriff erst dann geboten, wenn die Bolschewiki die Ukraine gefährden, oder unsere Handelsanknüpfungen bedrohen sollten.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 18. Februar 1918.

Ein volkstümlicher Kammermusikabend, ausgeführt von der Leipziger Vereinigung für volkstümliche Kammermusik, findet Sonnabend abend 8 Uhr in den Thalia-Sälen statt. Karten zum Preise von 50 Pf. sind im Arbeitersekretariat zu haben.

Geheime Schlachtungen, deren Spuren auch nach Halle führen, sind in Sangerhausen ermittelt worden; u. a. wurde an den hiesigen Bahnhofswirt das Fleisch von zwei Rindern geliefert, einen Zeitnitzer davon konnte die Polizei noch beschlagnahmen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen

Bitterfeld. Ein großer Einbruchsdiebstahl in ein Kaufhaus eines hiesigen Werkes wurde verübt. Dabei sind den Dieben Waren im Werte von etwa 40 000 M. in die Hände gefallen. Meistenteils kommen Kleidungsstücke, Stoffe und Lebensmittel in Betracht.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Marmelade. Von Dienstag ab auf Marke 138 des Warenbezugsscheins 13 jede Person 1/2 Pfund.

Heringe. Dienstag, vormittag von 1/2 8—12 Uhr: Nr. 7001—10500, nachmittag von 2—6 Uhr: Nr. 10501—14000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person etwa 100 Gramm zum Preise von 25 Pfg.

Kaffee-Ersatz-Mittel. Dienstag, vormittag von 1/2 8—12 Uhr: Nr. 7001—10501, nachmittag von 2—6 Uhr: Nr. 10501 bis 14000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 1/4 Pfund zum Preise von 75 Pfennig.

Quark. Dienstag auf den besonderen Bezugsschein für Kinder Nr. 1—7000 der Lebensmittelscheine bei den Milchhändlern Arndt, Nikolaistraße 12 und Harnisch, Schillers Hof, sowie in den beiden Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Schulstraße 13 und Rannische Straße 20/21. Jedes Kind 1/2 Pfund auf Abschnitt 2 des Bezugsscheins.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180218-11/fragment/page=0003

Kunst · Wissenschaft · Unterhaltung

Der Essig als Schutz- und Heilmittel bei den alten Römern.

Bei den alten Römern gehörte der Essig zu den wohl in jedem Hause vorrätigen Hausmitteln. Ueber die vielfache Verwendung des Essigs als Schutz- und Heilmittel finden sich, wie Geh.-Rat Schrohe in der deutschen Essigindustrie mitteilt, überraschende Angaben in einer im ersten Jahrhundert nach Christus von dem Römer Aulus Cornelius Celsus verfaßten großangelegten Enzyklopädie, von deren sieben Teilen nur der letzte auf die Heilkunde bezügliche Teil erhalten geblieben ist. Kein Volk schätzte das häufige Baden unter den verschiedensten Formen mehr als Lebensbedürfnis als das römische, und gerade beim Baden sollte man den Essig zur Hand haben, denn wie Celsus sagt, es erquickt, wenn es jemand im Bade zu heiß wird, Essig in den Mund zu nehmen und ihn eine Zeit lang darin zu behalten. Celsus unterscheidet Speisen und Getränke nach ihrem großen oder mittelmäßig großen oder geringen Nährwert. Zu den mittelmäßig nahrhaften Getränken zählt er den Essig und rät deshalb, schwächlichen Personen niemals davon zu geben. Wenn dies Urteil heute auch nicht mehr als ganz richtig bezeichnet werden kann, so ist es doch zutreffend, daß man schon im Altertum den Essig einen gewissen Nährwert zuerkannte.

In vielfacher Weise wurde bei den Römern der Essig äußerlich angewandt, so bei den verschiedenen Arten von Fiebern. Gegen die damit verbundenen Kopfschmerzen wird angeraten, den Kopf mit einer Mischung von Essig und Rosenöl zu befeuchten. Bei dem sogenannten viertägigen Fieber, eine Art der Malaria, deren sämtliche Formen wegen der Nähe der pontinischen Sümpfe und deren Mückenschwärme bei den alten Römern sehr verbreitet waren, wird empfohlen, vor einem Fieberanfall, dessen Nahen der Malariakranke bekanntlich voraus fühlt, zwei Spitzgläser voll Essig zu genießen. Gegen die Auszehrung empfiehlt Celsus eine Heilmethode, die großen Teils mit dem neuzeitlichen Verfahren übereinstimmt, das vor allen Dingen darauf ausgeht, die Ernährung zu verbessern und das Allgemeinbefinden zu heben. Celsus empfiehlt scharfe Speisen, wie Knoblauch und Porree, dieser mit Essig. Lähmungen eignet sich nach seiner Vorschrift am besten eine Einreibung mit altem Oel, oder einer Mischung aus Essig, Oel und Soda. Der Essig wird ferner empfohlen bei Magenkrankheiten und Seitenschmerzen, ferner gegen Krankheiten der Milz. Für Cholerakranke empfiehlt Celsus als kleine Erfrischung mit Essig besprengte Polei minze — eine Pflanze, die vom Volk heute noch gegen Keuchhusten, Asthma und Gicht benutzt wird — vor die Nase zu halten. Die von Celsus gegen den Bandwurm mitgeteilten Mittel werden auch heute noch gelobt; gegen die Spulwürmer empfiehlt er als Gegenmittel mit Essig bereitete Samen der Kresse. Zur Heilung der in den südlichen warmen Gegenden häufig auftretenden Augenkrankheiten verschreibt Celsus einen Scharpiebusch, der mit einer Mischung von Essig und Wasser befeuchtet wurde, aufs Augenlid zu legen. Erwähnenswert ist auch die bei den alten Römern übliche Behandlung giftiger Schlangenbisse. Man gab dem Gebissenen als Gegenmittel Essig zu trinken. Auf den Biß der Hornviper oder der sehr giftigen Schlange Chelidrus legten die Römer mit Essig bereitetem Ziegenkot oder Gerstenmehl mit Essig. Da im alten Rom die Kriegskunst immer mehr galt als die Künste des Friedens, hatte die Wundbehandlung für die Römer hohe Bedeutung und Celsus verbreitet sich sehr ausführlich darüber. So empfiehlt er als kräftiges Mittel zur Stillung von Blutungen das Auflegen von mit Essig befeuchteter Zupfleinewand.

Der Nationalheld der Ukraine.

Mit dem Namen der Ukraine ist der des Kosakenhetmans Iwan Stepanowitsch Mazeppa unlöslich verbunden. Um 1640 im Gouvernement Kiew geboren, war Mazeppa als Page an den Hof König Johann Kasimirs von Polen gekommen, wo er der tragische Held des bekannten und dichterisch oft behandelten Dramas wurde. Ein polnischer Edelmann hatte ihn aus Eifersucht auf den Rücken eines wilden Pferdes binden und dieses in die Steppe hinausjagen lassen. Ueberl zugerichtet und zerschunden wurde das Opfer grausamer Rachsucht von dem Pferde nach der Ukraine getragen. Hier begann Mazeppas politische Laufbahn, die ihre Krönung durch seine im Jahre 1687 erfolgte Wahl zum Hetman fand. Als solcher genoß er das volle Vertrauen Peters des Großen, dem er zunächst auch militärische Heerfolge leistete. Bald aber suchte er sich durch Verbindung mit den Schweden dem russischen Einfluß zu entziehen und sich unabhängig zu machen, ein Plan, der durch die Niederlage, die Mazeppa in der Schlacht von Poltawa erlitt, zunichte gemacht wurde. Bald darauf starb Mazeppa in Bender, wohin er sich geflüchtet hatte. Der Verrat des Hetmans wurde von den Romanows nie vergessen und die Erinnerung daran auch im Herzen des russischen Volkes geflissentlich lebendig erhalten. So wird noch heute im Kloster des Heiligen Mitrophan, wo an bestimmten Terminen die Exkommunikationszeremonie gegen die Ketzer, die gegen den heiligen Geist gesündigt haben, wiederholt wird, Mazeppas Name verflucht, gleichzeitig mit dem des Arius, des Begründers des Schismas in der orthodoxen Kirche und Stifters der Arianer. Bei dieser Gelegenheit ruft der Bischof: „Fluch über Mazeppa!", ein Ruf, der von den geistlichen Würdenträgern am Altar aufgenommen und vom Chor der Mönche wiederholt wird. Die Gläubigen beten dabei mit lauter Stimme, und die Frauen schluchzen: „Möge uns der Herr vor solcher Todsünde bewahren!" Wie verhaßt Mazeppas Name in Rußland war, beweist auch die folgende Geschichte. Während des Winters 1852 tanzte ganz Paris einen neuen, Mazeppa genannten Tanz. Ein russisches Blatt beang die Unfluchheit, in einer Plauderei aus dem Pariser Gesellschaftsleben den Namen dieses Modetanzes zu erwähnen. Die Folge war, daß der Leiter des Zensurbureaus eine scharfe Rüge von dem Grafen Schirinsky, dem Minister des öffentlichen Unterrichts, erhielt, weil er einem Feuilleton, das den flückwürdigen Namen Mazeppa enthielt, die Druckerlaubnis erteilt hatte.

Technik.

Die Baumwolle Aegyptens. Seit undenklichen Zeiten kennt man zwar in Aegypten die Baumwolle, aber bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts war ihre Kultur dort sehr beschränkt und erstreckte sich nur auf eine große indische Art, die eine Ausfuhr nicht lohnte. Seitdem hat sich das Bild völlig gewandt. Aegypten ist ein Baumwollland geworden. Auffallend ist, daß trotzdem in Aegypten keine Webstoffindustrie entstanden ist. Wohl aber kommen die sogenannten Egrenieranstalten, die sich mit der Trennung der Baumwollsaser vom Samen befassen, gut vorwärts. Sie verkaufen die Baumwolle an die Alexandriner Händler. Lange Zeit wußte man mit dem Baumwollsamen nichts anzufangen und erst ziemlich spät erkannte man, wie vorzüglich geeignet er für die Oelgewinnung ist. Um welche ungeheuren Mengen es sich dabei handelt, geht schon daraus hervor, daß in den Baumwollkapseln dem Gewicht nach doppelt so viel an Samen wie an Fasern enthalten ist. Das ausgepreßte Oel, das amerikanische Cottonöl, findet zum größten Teil als Speiseöl Verwendung, zum Teil auch in der Seifen- und Kerzenindustrie. Gerade in dieser Verwertung steckt viel deutsche Unternehmung. Viele deutsche Oelmühlen, die sich vor dem Kriege mehr und mehr auf die ägyptischen Erzeugnisse stützten, sahen sich bei Kriegsbeginn von dieser Einfuhr abgeschnitten. Da nun Aegypten immer mehr zur eignen Oelgewinnung übergeht, wird der Samenbezug für Deutschland in Zukunft aus anderen Gebieten erfolgen müssen. Nach der Zeitschrift für angewandte Chemie kommt in erster Linie Südrußland in Frage, wo in der transkaukasischen Steppe der Baumwollanbau in der letzten Zeit eine gewaltige Zunahme aufweist. Auch dem ägyptischen Sudan wäre Aufmerksamkeit zu schenken.

Hochofenschlacke. Wo gehobelt wird, da gibts Späne, und wo aus Erz Eisen gemacht wird, da bleibt Schlacke. Da nun die Eisenerzeugung der Welt schon im Frieden ungeheuer angewachsen ist, so ergibt sich daraus, daß auch ungeheure Schlackenmengen erzeugt werden, um deren Ausnutzung man sich bisher nicht allzu'ehr bekümmert hat. Die Gießereileitung weiß von einer darauf bezüglichen Umfrage in den Vereinigten Staaten zu berichten. In diesem Lande wurde wohl noch mehr als in Europa die Weiterverwertung der Hochofenschlacke vernachlässigt, mit Ausnahme vielleicht von einigen wenigen Gesellschaften, die aus der Schlacke das Mangan und Kalk wiedergewinnen. Die Mehrzahl der Gesellschaften braucht ihre Schlacke lediglich zur Auffüllung von Baugrund und zur Straßenbeschotterung. Bekanntlich weist die Zusammensetzung der Hochofenschlacke und der Schlacke im allgemeinen je nach Ursprung erhebliche Schwankungen auf, und der Mangangehalt ist in weiten Grenzen verschieden. Besonders hoch aber wird der Mangangehalt sein, wenn es sich um Schlacke handelt, die bei der Herstellung von Legierungen oder Manganstahl im Konverter oder im Hochofen gewonnen wurde. Die Analyse solcher Schlacke zeigt, daß bis 40 Prozent Manganoxyd vorliegen kann, und dennoch wird nur in einem einzigen Falle die Schlacke weiterverwertet, um daraus Hochofenferromangan zu gewinnen. Eine Hauptwirkung des Krieges macht sich bei allen Kriegführenden in einer ausgesprochenen Knappheit an den zur Veredelung des Stahls erforderlichen Metallen bemerkbar. Dazu gehört auch das Mangan. Zweifellos reicht die Schlacke nicht im entferntesten hin, um das von der Eisenindustrie benötigte Mangan aufzubringen. Man schätzt den Gehalt der sauren Schlacke nur auf etwa 1/6 der tatsächlich geforderten Menge.

Humoristisches.

Seemannsfabeln. Ein alter Seebär, der in seinem Kreise für sein unverschämtes Aufschneiden bekannt war, erzählte eines Tages als er zu einem Hummeressen geladen war, folgendes „Erlebnis" aus seinem Seemannsleben: „Als wir im Stillen Ozean kreuzten, kamen wir an einer Insel vorbei, die vor Hummern buchstäblich rot leuchtete. Wir legten an, bereiteten uns eine delikate Mahlzeit und nahmen uns noch so viel Hummern mit, wie wir zur Verstärkung des Proviants gebrauchten." — „Aber erlaube," wandte einer der Anwesenden ein, „ein Hummer wird doch erst beim Kochen rot!" — „Ganz richtig," gab der Erzähler schlagfertig zurück, „aber die Insel, bei der wir die Hummern fanden, war vulkanisch und hatte heiße Quellen."

Wein- u. Estragon-Essig
lose und in Flaschen gefüllt, wieder eingetroffen [897
Kaufhaus H. Elkan
Leipziger Str. 87.

Gustav Uhlig
Untere Leipzigerstraße
Billige, gute Bezugsquelle
892] in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Mundharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Zithermonikas.
Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

Wachstuchreste
verkauft billig
J. Sternlicht
Alter Markt 11.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.
In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.
Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.
Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein
Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

3 Könige Varieté Kl. Klausstr. 7
Erstklassige Künstler!
Vorzügliche Kapelle!
Größter Betrieb am Platze!

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Alte, abgespielte auch 511] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu folgenden Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 7,30 bis 9,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Thalia-Säle.
Sonnabend, den 23. Febr., pünktlich 8 Uhr
Volkstümlicher
Kammermusik-Abend.
Ausführende:
Leipziger Künstler-Vereinigung für volkstümliche Kammermusik.
Frau Aline Sanden, Mitglied der Leipziger Oper (Gesang). [898
Leitung: Konzertmeister **Heinr. Schachtebeck.**
Haydn, Kaiserquartett. **Mozart,** Lieder. **Mozart,** Klarinettenquintett. **Beethoven,** Lieder. **Beethoven,** Streichquartett A-Dur op. 18 Nr. 5.
Ritter-Flügel.
Volkstümliche Preise: Sperrsitz 1 M., Offener Platz 50 Pf. Karten in der Hofmusikalienhandlung von **Heinrich Hothan** u. i. **Arbeitersekretariat,** Harz 42/44.

In Freien Stunden
Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Die Gleichheit
Sozialdemokratische Frauenzeitung
Nr. 8
eingetroffen.
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3,50 M., empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Kaffeeröster
sehr preiswert.
C. F. Ritter
Leipziger Straße 90.

Stadt-Theater
Dienstag, den 19. Februar
Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,30 Uhr
Die Braut von Messina
Trauerspiel von Schiller.
Mittwoch: **Tiefland.**
Donnerstag: **Ein Volksfeind.**
Freitag: **Walküre.**
Sonnabend nachm.: **Maria Stuart,** abends: **Dreimäderlhaus.**

Ich zahle
für jedes Goldstück
den vollen Betrag
und gebe außerdem eine tl. Tafel feinster holländischer
Spaise-Schokolade
umsonst während der Zeit von heute b. nächsten Sonnabend
Paul Fritzsche 899]
Drogerie, Delitzscher Str. 74

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Küchen-Einrichtungen
in groß. Auswahl, empfiehlt
497] **D. Schumann,**
Landwehrstraße 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180218-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 41. Halle, Montag den 18. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 18. Februar 1918.

Ernährungswünsche.

Die Gewerkschaften zu den Plänen der Agrarier.

Der Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat dem Kriegsernährungsamt bekanntlich eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die auf eine stärkere Beteiligung der landwirtschaftlichen Berufsverbände an der Ordnung des Lebensmittelmarktes hinauslaufen. Durch Beteiligung der landwirtschaftlichen Genossenschaften soll im Interesse der Verbraucher eine bessere Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreicht werden.

Zu diesen Vorschlägen hat sofort nach ihrem Bekanntwerden die Generalkommission der Gewerkschaften dem Kriegsernährungsamt die folgende Eingabe übersandt:

„Grundsätzlich erscheint uns die größere Heranziehung landwirtschaftlicher Genossenschaften für die Ermittlung der Anbaufläche, die Festsetzung der Abgabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihre Erfassung als durchaus empfehlenswert. Aber wir müssen uns sehr dagegen wenden, daß diese Genossenschaften und die von ihnen empfohlene Ausdehnung ihrer Organisation berufen werden, selbständig über die Erfassung der Produktion zu bestimmen. Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß die Aufsicht über das Maß der Ablieferung und die Kontrolle über das ganze Geschäftsgebaren der Genossenschaften der Verwaltungsbehörde übertragen wird. Die Genossenschaft kann nur ausführendes Organ sein. Sie würde, wenn sie selbständig handelte, wohl nicht in allen Fällen die vollständige Erfassung der Produktion herbeiführen können. Zu dieser Auffassung kommen wir von der Erwägung ausgehend, daß die von den Genossenschaften angestellten Beamten abhängig sind von den die Genossenschaft bildenden Landwirten. Jedes strenge Vorgehen eines solchen Beamten gegen ein Genossenschaftsmitglied könnte ihm erhebliche Nachteile eintragen, und er wäre somit nicht in der Lage, seine Befugnisse ungehindert auszuüben.

Die vorgesehene Organisation soll nach den Vorschlägen des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft in der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ihre Vertretung haben. Zunächst vermissen wir bei diesem Vorschlag auch eine Vertretung der Verbraucher, die wir dringend notwendig erachten. Außerdem aber würden wir nicht empfehlen, diese Korporationen, die im wesentlichen politische Aufgaben erfüllen, mit der Vertretung zu betrauen, es sei denn, daß sie genossenschaftliche Einrichtungen geschaffen haben und aus diesen Genossenschaften heraus eine Vertretung bestimmt wird. Die Errichtung einer Reichsstelle erscheint uns für die Organisation nicht erforderlich. Hier muß die ungehinderte Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes aufrecht erhalten werden.

Auf die Einzelheiten der Organisationsvorschläge wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen, da sie in der Eingabe ziemlich allgemein gehalten sind. Wir halten es für dringend notwendig, daß die Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion allgemein durchgeführt wird, Härten vermieden werden, aber auch das Gesamtinteresse der großen Masse der städtischen Bevölkerung Berücksichtigung findet. Gegen das Ueberhandnehmen des Schleichhandels wird die bessere Erfassung und die gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel den besten Schutz bieten. Wenn das empfohlene System diese Aufgaben in den Vordergrund stellt und die Organisationen, die dazu berufen sind, die Gewähr dafür übernehmen, sich in diesem Sinne zu betätigen, dann würden unsere Bedenken, die wir gegen den Vorschlag geltend machen müssen, sehr erheblich zurücktreten."

•

Neuregelung der Sachbezüge bei Krankenkassen.

In der sozialpolitischen Gesetzgebung gelten Sach- und Naturalbezüge, die statt des Gehaltes oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten gewährt werden (und sei es auch nur gewohnheitsmäßig) als anrechnungsfähiges Entgelt. Einige Gesetze sehen deshalb vor, daß die Durchschnittswerte der meist vorkommenden Sachbezüge von den Versicherungsämtern oder den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzt werden. Die letzten Festsetzungen geschahen noch in der Friedenszeit, sie sind inzwischen von der gewaltigen Verteuerung des Lebensunterhalts längst überholt worden. So trifft man nicht selten für gänzlich freie Verpflegung und Wohnung für erwachsene männliche Arbeiter nur 1 M. pro Tag festgesetzt. Der Durchschnitt dürfte 1.25 bis 1.50 M. sein, für erwachsene weibliche Personen 1 M. bis 1.25 M. Der Verband der Hausangestellten, die ein ganz besonderes Interesse an einer zutreffenden Festsetzung des Wertes dieser Bezüge haben, hat vor einiger Zeit die zuständigen Behörden um eine Neufestsetzung ersucht, ist aber fast allenthalben abgewiesen worden. Auch der Hauptverband der Ortskrankenkassen ließ durch die einzelnen Kassen den Behörden ein gleiches Gesuch zugehen, das aber den gleichen geringen Erfolg hatte.

Jetzt haben die preußischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft einen Erlaß herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die geltenden Festsetzungen wegen der gegenwärtigen Teuerung aller Lebensbedürfnisse häufig in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten der Sachbezüge mehr stehen. Die Beibehaltung der früher festgesetzten Ortspreise bedeute daher eine schwere Schädigung der Versicherten. Das gelte nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Krankenkassen hätten deshalb wiederholt darüber geklagt, daß die Versicherungsämter ihre Anträge auf Erhöhung der Ortspreise ablehnen. Es müsse aber als angezeigt angesehen werden, die früher getroffenen Festsetzungen einer Nachprüfung zu unterziehen. Zur Beseitigung der vorhandenen Mißstände werden die Oberversicherungsämter ersucht, die (unteren) Versicherungsämter mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Im übrigen gibt der Erlaß einige Anweisungen über das Verfahren.

Es wird nun Aufgabe der Krankenkassen, Gewerkschaftskartelle und ähnlicher Stellen sein, an die zuständigen Versicherungsämter (in Preußen in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern der Magistrat, im übrigen der Landrat) mit Anträgen und Vorschlägen zu der Neufestsetzung heranzutreten. Ein Mangel ist dabei, daß der einschlägige § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung keine näheren Vorschriften über das Verfahren, wie z. B. Anhören der Beteiligten usw. gibt.

---

* **Petroleumverteilung für Februar.** Die für den Verbrauch in den Haushaltungen im Februar 1918 zur Verfügung stehende Petroleummenge ist kleiner als in den Vormonaten. Es erhalten daher für die V. Verteilungsperiode — Februar 1918 — Haushaltungen, die nachweislich kein Gas oder elektrisches Licht haben, ein halbes Liter Petroleum. Frühaufsteher erhalten nach Maßgabe der früher hierüber ergangenen Bestimmungen in den zuständigen Ausgabestellen außerdem ein halbes Liter Petroleum für die Person bis zu zwei Frühaufstehern im Haushalt. Die Haushaltungen, die bisher petroleumbezugsberechtigt waren, haben in den zuständigen Ausgabestellen ihre Lebensmittelscheine und eine Petroleummetallmarke vorzulegen, gegen deren Abgabe ihnen ein halbes Liter Petroleum gewährt wird. Gegen Vorweisung der mit einem entsprechenden Vermerk versehenen Lebensmittelscheine kann das Petroleum in den beiden städtischen Ausgabestellen, Große Märkerstraße 8 und Lessingstraße 39, bezogen werden.

Die Ausgabe des Petroleums an die Haushaltungen gemäß den vorstehenden Vorschriften erfolgt in den beiden städtischen Ausgabestellen an folgenden Tagen und in nachstehender Reihenfolge der Nummern der Lebensmittelscheine:

Tag:	Gr. Märkerstr. 8:	Lessingstr. 39:
Dienstag, 19. Februar	1— 7 000	35 001—42 000
Mittwoch, 20. Februar	7 001—14 000	42 001—49 000
Donnerstag, 21. Februar	14 001—21 000	49 001—56 000
Freitag, 22. Februar	21 001—28 000	56 001—63 000
Sonnabend, 23. Februar	28 001—35 000	63 000 u. folgd.

Auf die Halbliter-Marke der Frühaufsteher wird das Petroleum gleichfalls in den städtischen Petroleumausgabestellen ausgegeben. Allen Petroleumverbrauchern wird die größte Sparsamkeit zur Pflicht gemacht. Die Verwendung der Sparlampen, welche in der Geschäftsstelle des Hallescher Hausfrauenbundes, Rathausstraße 17, zum geringen Preise von 16 Pf. das Stück erhältlich sind, wird besonders empfohlen. Um einen weiteren Ausgleich zu schaffen, werden den Haushaltungen voraussichtlich außerdem Kerzen zugewiesen, worüber noch besondere Vorschriften ergehen.

* **Zur künftigen Gemüseversorgung** wird von amtlicher Seite geschrieben: Die in der Presse verbreitete Mitteilung, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst in einer Reihe von preußischen Landkreisen die gesamte Erzeugung von Herbstgemüse dieses Jahres beschlagnahmt habe, um den Bedarf der Heeresverwaltung sicherzustellen, hat zu Beunruhigungen Anlaß gegeben. Man fürchtet, daß es durch diese Maßnahme einer Reihe von Großstädten unmöglich gemacht würde, ihre Bevölkerung für den nächsten Winter mit Gemüse zu versorgen. Diese Besorgnisse sind nicht berechtigt. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst nimmt allerdings in einer Reihe von Kreisen in diesem Jahre die Herbstgemüseernte für sich in Anspruch. Diese Maßregel ist aber für notwendig erachtet, um den Bedarf der Heeresverwaltung und der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Es soll also keineswegs die Heeresversorgung auf Kosten der Zivilbevölkerung erreicht werden. Das Bestreben der Reichsstelle geht dahin, immer größere Mengen von Gemüse selbst in die Hand zubekommen, um eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu erreichen.

* **Klage gegen die Ortskrankenkasse Halle.** Bei fast allen Krankenkassen werden jetzt durch Satzungsänderungen die Lohnstufen vermehrt und ausgebaut. Deshalb ist die Frage von Interesse, wie solche Veränderungen auf schwebende Fälle von Erwerbsunfähigkeit wirken. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Halle, die eine Vermehrung der Lohnstufen mit dem 1. Januar 1918 einführte, verlangte ein Kranker, der schon im vergangenen Jahr einige Wochen erwerbsunfähig war, vom neuen Jahr an das Krankengeld nach der neuen höheren Lohnstufe, in die er auf Grund seines früheren Verdienstes gehöre. Die Kasse verweigerte aber die Zahlung, weil Grundlohnveränderungen auf schwebende Unterstützungsfälle keinen Einfluß hätten. Der Kranke rief das Versicherungsamt der Stadt Halle an, das jedoch den Kläger mit seinem Anspruch abwies. Es käme hier § 211 der Reichsversicherungsordnung in Frage, nach dem Aenderungen des Grundlohnes auf solche Versicherungsfälle, die bereits eingetreten sind, keinen Einfluß haben. Für die Beurteilung der Unterstützungsansprüche sei immer der Zeitpunkt der Erkrankung maßgebend. Die Entscheidung ist besonders deshalb bemerkenswert, weil bei allen anderen Kassen die Dinge gleichartig liegen.

* **Regelung der ärztlichen Untersuchung von Hilfsdienstpflichtigen.** Bekanntlich werden solche Hilfsdienstpflichtige, die behaupten, die ihnen zugewiesene Tätigkeit aus Gesundheitsrücksichten nicht ausführen zu können, von Amts wegen ärztlich untersucht. Dazu sollen nun nach einem Erlasse des Kriegsamts in erster Linie die Kreisärzte und dann erst hilfsdienstpflichtige Aerzte herangezogen werden, soweit nicht die Militärärzte bei den Ersatzkommissionen dazu bestimmt sind. Die betreffenden Aerzte sollen an bestimmten Tagen und zu bestimmten Stunden in der Woche für diese Untersuchungen verpflichtet werden. Die Kosten werden aus Reichsmitteln gezahlt. Auch diejenigen Arbeitskräfte, die zur Hilfeleistung bei der Ent- und Beladung der Eisenbahnwagen und der An- und Abfuhr von Gütern durch die Gemeinden auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes herangezogen werden, können ein ärztliches oder amtsärztliches Zeugnis verlangen. Der Minister des Innern hat die Kreisärzte zur Ausstellung derartiger Zeugnisse ermächtigt. Es ist dafür eine Gebühr bis zu 3 M. zu fordern. Mittellose Personen sind zunächst an die Gemeinden zu verweisen.

* **Städtische Auskunftsstellen für Berufe.** Ostern steht vor der Tür, viele Eltern sehen sich vor die Frage gestellt, ihre aus der Schule zur Entlassung kommenden Kinder einem Berufe zuzuführen. Die Entscheidung ist oftmals schwer. Mancher Vater und manche Mutter können zu keinem Entschluß kommen und suchen vergeblich, sich hier und dort Rat zu holen. Um für jedermann, der in Sachen der Berufswahl Rat sucht, eine Stelle zu schaffen, wo sachgemäße Auskunft gegeben wird, sind der Stadt Halle im Anschluß an das städtische Arbeitsamt Auskunftsstellen für Männer- und Frauenberufe geschaffen. Dort wird jede Auskunft über Berufsmöglichkeiten, Berufsaussichten, Geldkosten usw. erteilt; auf Wunsch werden auch passende Lehrstellen vermittelt und passende Ausbildungsstätten nachgewiesen. Die Auskunft erfolgt kostenlos an jedermann; sie erstreckt sich nicht nur auf Berufe von Knaben und Mädchen aus Volksschulen, sondern auch auf Schüler und Schülerinnen aus Mittel- und höheren Schulen. Die Auskunftsstelle für männliche Berufe befindet sich im städtischen Arbeitsamt, männliche Abteilung Salzgrafenstraße 2, die Auskunftsstelle für weibliche Berufe in der weiblichen Abteilung des städtischen Arbeitsamtes, Leipziger Straße 16 I.

* **Gütepreiserhöhung auch an der Halleschen Privatbahn.** Die Halle—Heistedter Eisenbahn wird in Kürze mit Rücksicht auf die wachsende Betriebsverteuerung eine Erhöhung ihres Gütertarifs vornehmen, und zwar soll sie einschließlich der Verkehrsabgabe, die bekanntlich 7 Prozent ausmacht, 25 Prozent betragen. Die Gesellschaft folgt damit der Staatsbahn, die, wie schon mitgeteilt, ihre Gütertarife auch erhöht.

* **Auflösung der studentischen Ortsgruppe der Vaterlandspartei in München.** Aus der bayrischen Hauptstadt wird gemeldet: Die studentische Gruppe der Vaterlandspartei ist gemäß den Satzungen der Münchner Universität vom akademischen Senat aufgelöst worden. Auf diese Senatsentscheidung hin hat die studentische Gruppe des Volksbundes für Vaterland und Freiheit, die kürzlich um ihre Genehmigung nachgesucht hatte, den Antrag wieder zurückgezogen.

* **Keine Dividende.** Die Aktien-Gesellschaft Reederei der Saaleschiffer legt der auf den 6. März einberufenen Generalversammlung wieder einen dividendenlosen Abschluß vor. Der Verlust erhöht sich von 32 600 auf 39 000 M.

* **Ein Lehrgang in Kriegshinterbliebenen-Fürsorge** findet am 26. und 27. Februar in der Aula der städtischen Handwerkerschule statt. Der Lehrgang umfaßt Vorträge über folgende Themen: Gesetzliche Witwen- und Waisenfürsorge und Kapitalabfindung; Ansprüche der Hinterbliebenen auf Grund gesetzlicher Versicherungen; militärische Versorgungsgebührnisse, Zuwendungen, Unterstützungen auf die kein Rechtsanspruch besteht; Kriegsunterstützung für Hinterbliebene;

Das Abenteuer der Neujahrsnacht.

10] Novelle von Heinrich Zschokke.

8.

Unterdessen hatte auch Philipps Substitut, als Nachtwächter, auf den Straßen der Stadt seine Rolle gespielt. — Sobald er den Philipp verlassen hatte, rief und blies er von Straßenecke zu Straßenecke die Stunden nach Herzenslust, machte zu seinem Gesang allerlei komische Zusätze, und bekümmerte sich wenig um das vorgeschriebene Revier, das er zu behüten und zu beblasen hatte.

Indem er auf einen neuen Vers sann, ging seitwärts eine Haustür auf, ein wohlgekleidetes Mädchen trat hervor und winkte mit einem lockenden: Bst! bst! Dann zog es sich in die Dunkelheit des Hausgangs zurück.

Der Pring ließ seine Verse fahren, und folgte der angenehmen Erscheinung. In der Finsternis ergriff ihn eine zarte Hand, und eine weiche Stimme lispelte: „Guten Abend, lieber Philipp! Sprich leise, daß uns niemand hört. Ich bin nur auf ein Augenblickchen von der Gesellschaft weggeschlichen, dich im Vorbeigehen zu grüßen. Bist du vergnügt?"

„Wie ein Gott vergnügt, du Engel!" sagte Julian. „Wer könnte bei dir auch traurig sein?"

„Philipp, ich habe dir etwas Gutes zu sagen. Du sollst morgen Abend bei uns essen. Die Mutter hat es erlaubt. Kommst du auch?"

„Alle Abend, alle Abend!" rief Julian: „und so lange du willst. Ich wollte, du könntest beständig bei mir sein, oder ich bei dir, bis an der Welt Ende. Das wäre ein Götterleben!"

„Höre, Philipp, in einer halben Stunde bin ich bei der Gregorienkirche. Da erwarte ich dich. Du fehlst doch nicht? Laß mich nicht lange warten. Dann machen wir noch einen Gang durch die Stadt. Nun geh', damit uns niemand überrascht."

Sie wollte gehen. Julian aber zog sie zurück in seinen Arm. „Willst du mich so kalt von dir scheiden lassen?" fragte er, und drückte seinen Mund auf ihre Lippen.

Röschen wußte nicht, was zu Philipps Keckheit sagen. Denn Philipp war immer so bescheiden und zärtlich gewesen, daß er höchstens einen Kuß auf ihre Hand gewagt hatte, ausgenommen einmal, da ihnen beiden die Mutter allen und jeden Umgang hatte verbieten wollen. Damals war von ihnen im Gefühl der höchsten Liebe und des höchsten Schmerzes der erste Kuß gewechselt worden: seitdem nie wieder. Röschen sträubte sich; aber der vermeinte Philipp war so ungestüm, daß man, um kein verräterisches Geräusch zu machen, wohl das Sträuben aufgeben mußte. Sie vergalt den Kuß und sagte: „Philipp, nun geh!"

Er aber ging nicht, sondern sagte: „Da wäre ich wohl ein Narr. Meinst du, ich hätte mein Nachtwächterhorn lieber, als dich? Mit nichten, du Herzchen."

„Ach," seufzte Röschen, „es ist aber doch nicht recht."

„Warum denn nicht, du Närrchen? Ist denn das Küssen in deinen zehn Geboten untersagt?"

„Ja," versetzte Röschen, „wenn wir uns einander haben dürften, dann wär' es etwas anderes."

„Haben? Wenn es nicht anderes ist, alle Tage kannst du mich haben, wenn du willst."

„Ach, Philipp, wie sprichst du auch heute so wunderlich! Wir können ja daran noch nicht denken."

„Wahrhaftig, ich denke aber ganz ernstlich daran. Wenn du nur willst."

„Philipp, hast du ein Räuschchen? Ob ich will? Geh, du beleidigst mich. — Höre, Philipp, mir hat die letzte Nacht von dir geträumt."

„War's was Schönes?"

„Du habest in der Lotterie gewonnen, Philipp. Da hatten wir beide Jubel. Du hattest dir einen prächtigen Garten gekauft. Kein schönerer Garten ist in und außer der Stadt. Alles hatten wir da vollauf; Blumen an Blumen, wie ein Paradies, und große Beete voll des feinsten Gemüses, und die Bäume hingen schwer von Obst. Ich ward beim Erwachen recht traurig, daß mich der Traum nur geneckt hatte. Sage mir, Philipp, hast du etwa in die Lotterie gesetzt? Hast du etwas gewonnen? Heute war ja Ziehung."

„Wenn ich bei dir, du schönes Kind, das große Los gewänne, wer weiß, was geschähe? Wie viel müßte ich dann gewinnen für dich?"

„Wenn du auch nur so glücklich wärst, tausend Gulden zu gewinnen. Dann könntest du schon einen artigen Garten kaufen."

„Tausend Gulden? Und wenn es mehr wäre?"

„O Philipp, was sagst du? Ist's wahr? Nein, betrügst mich nicht, wie mein Traum! Du hast gesetzt, du hast gewonnen. Gesteh' es nur!"

„So viel du willst."

„O Gott!" rief Röschen, und fiel ihm freudetrunken um den Hals und küßte ihn mit glühender Freude: „Mehr als tausend Gulden? Wird man dir auch das viele Geld wohl geben?"

Unter ihren Küssen vergaß der Prinz das Antworten. Es ward ihm ganz wunderbar, die zarte, edle Gestalt in seinen Armen zu halten, deren Liebkosungen ihm doch nicht galten, und die er doch so gern für seine Rechnung genommen hätte.

„Antworte doch, antworte doch!" rief Röschen ungeduldig: „Wird man dir auch die Menge Geldes geben wollen?"

„Ich hab' es schon; und macht dir's Freude, so geb' ich's dir."

„Wie, Philipp, du trägst es mit dir?"

Der Prinz nahm seine Börse hervor, die er, schwer von Gold, zu sich gesteckt hatte, um sie beim Spieltische anzuwenden. „Nimm und wähle, Mädchen!" sagte er, und legte sie, indem er die kleinen, zarten Lippen küßte, in Röschens Hand. „Bleibst du mir dafür hold?"

„Nein, Philipp, wahrlich für dein vieles Geld nicht, wenn du nicht mein Philipp wärst."

„Und wie, zum Beispiel, wenn ich dir noch einmal so viel geben würde, und nicht dein Philipp wäre?"

„So wär' ich dir deine Schätze vor die Füße, und machte dir einen höflichen Knix!" sagte Röschen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180218-11/fragment/page=0005

Unterstützung aus der Nationalstiftung und sonstige Spenden; Einrichtung von Fürsorgestellen in Stadt- und Landkreisen; Zusammenarbeit der mit der Fürsorge befaßten Stellen; persönliche Fürsorge; Förderung der Wiederverheiratung der Kriegerwitwen; Rechtsschutz für Krieger und deren Hinterbliebenen. Die Einzelvorträge werden kurz gehalten. An jeden Vortrag soll sich sogleich eine Besprechung anschließen, in der Gelegenheit zur Fragestellung sein wird. Teilnehmer an diesem Lehrgang können im allgemeinen die amtlichen Leiter der Fürsorgestellen in den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt zugelassen werden außerdem alle Personen, die Interesse an der Sache haben, also Vertreter von Berufsstellen, Vereinen und Verbänden, die den Gegenstand bearbeiten. Die Teilnahme ist kostenlos. Meldungen sind, um Ueberfüllung vorzubeugen, rechtzeitig an das Oberpräsidium in Magdeburg zu richten.

* **Aus der heimischen Industrie.** Wegelin & Hübner, Maschinenfabrik und Eisengießerei schlägt der Generalversammlung vor, den Reingewinn von 974 651.61 M. folgendermaßen zu verteilen: 20 Proz. Dividende, Gewinnanteile des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie Zuwendung an die Beamten 160 089.30 M., Vortrag auf neue Rechnung 44 562.31 M. — Die Geschäftsentwicklung der Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik im laufenden Rechnungsjahr 1917/18 kann, wie berichtet wird, als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Ansätze haben sich gegen das Vorjahr erhöht. Da die Gesellschaft noch für längere Zeit mit Aufträgen reichlich versehen ist, so verspricht das Jahresresultat recht günstig zu werden. (Im Vorjahr wurden 8 Proz. Dividende verteilt.)

* **Kriegsstiefel „zum Durchhalten".** Der Ueberwachungsausschuß für die Schuhindustrie hat vorige Woche in Berlin geladenen Gästen das unter seiner Leitung hergestellte Kriegsschuhwerk gezeigt. Dieses Schuhwerk stellt sich als Notbehelf dar, von dem die Träger nicht entzückt sein dürften. Es sind schwere, klobige Stiefel, aus allen möglichen Ersatzstoffen hergestellt, mit Schäften aus Papiergewebe und zentimeterdicken Holzsohlen, die, mit Nägeln oder ähnlichen Bewehrungen versehen, das Schuhwerk noch plumper machen. Dabei sind die Preise außerordentlich hoch. Während man im Frieden ein paar dauerhafte Lederstiefel zum Preise von etwa 12 Mark bekam, kostet das Kriegsschuhwerk für Kinder 9.50 bis 10.50 Mark, für Frauen 14.50 bis 22 Mark, für Männer 16.50 bis 24 Mark. Der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses begründete die hohen Preise mit der allgemeinen Teuerung. Für gutes Papiergewebe werde bis zu 10 Mark für das Meter gefordert. Futterstoffe und Schnürsenkel seien bis zu 1000 Prozent, Nähseide und Garn bis zu 700 Prozent gegenüber den Friedenspreisen gestiegen. Dabei wird z. B. die Gebrauchsdauer der Vollsohlsohlen nur auf 7 bis 8 Wochen geschätzt. Da eine solche Sohle 3 bis 3.50 M. kostet und der Schuhmacher wohl mindestens 2 M. für die Arbeit nehmen wird, so kosten ein Paar der besseren Herrenstiefel dem Träger mit den notwendigen Reparaturen der Sohle im halben Jahr 39 Mark. Ob dabei das Papiergewebe warm hält und den Regen verträgt, das ist noch eine weitere Frage!

* **Ueber das allgemeine Auftreten einer bestimmten Hauptkrankheit** ist während der letzten Monate aus verschiedenen Orten berichtet worden. Es handelt sich hierbei um anfänglich kleine stecknadelkopf- bis linsengroße Stellen, die nach kurzer Zeit einen dreimarkstückgroßen Umfang erreichen und sogar Handtellergröße annehmen. Die Beschwerden, die mit diesem Ausschlag verbunden sind, verursachen nach kurzer Zeit schon einen ständigen Juckreiz und können je nach der Empfindlichkeit der befallenen Person sogar ziemliche Schmerzen machen. Die Erreger dieser Hautkrankheiten sind pflanzliche Parasiten aus der Gruppe der Schimmelpilze, die sich außerordentlich rasch vermehren. Für die gegenwärtige Häufigkeit dieser Hautleiden scheinen die Zeitverhältnisse besonders günstig zu sein. Eine Hauptursache liegt zweifellos in der minderwertigen Beschaffenheit der Seife und in der geringen Menge, in der sie uns zur Verfügung steht. Nicht minder trägt aber die allgemeine Unterernährung dazu bei, die solchen Erkrankungen erst einen günstigen Boden verschafft, sie wohl auch zum Teil gar hervorruft. Bei der Bekämpfung dieser Krankheiten kommt es zunächst darauf an, die Oertlichkeiten, wo derartige Kranke sich vorfinden, Fabriken, Schulen, vor allem aber die Barbierstuben, zu beobachten, und die bereits angesteckten Personen fernzuhalten. Für die Barbiergehilfe empfiehlt es sich, die gebrauchten Instrumente in desinfizierende Flüssigkeit längere Zeit zu legen — ein einmaliges oder gelegentliches Bestreichen mit solchen ist gänzlich nutzlos — und vor allem die Pinsel und Schwämme, die durch ein Verfahren keimfrei gemacht werden können, ganz zu vermeiden. Die Heilungsaussichten sind, wenn die Erkrankten rechtzeitig sachgemäße ärztliche Hilfe aufsuchen, günstig und kaum mit Berufsstörungen verbunden. Neben der arzneilichen Therapie, die über ausgezeichnete Gegenmittel verfügt, wird neuerdings auch die Lichtbehandlung bei entsprechender Vorsicht mit großem Nutzen angewandt werden können.

* **Die warmen Vorfrühlingstage** der letzten Wochen haben noch einmal kalten Nachwinterstagen weichen müssen. Aber hoffentlich wird es damit nicht gar zu arg, denn nun ist eine stärkere Kälte schon ganz und gar nicht mehr zu gebrauchen, — zeigt doch die Natur bereits ein stark frühlingsmäßiges Gewand. Bei den Frühblühern kann man schon kleine zarte Triebe beobachten, z. B. bei den Stachel- und Johannisbeeren. Aber auch bei den Rosen ist der Winterschlaf teilweise beendet. Unsre fast zuletzt zur Ruhe gegangenen Rosenstöcke zeigen bereits ihre ersten „Augen". Auch an vollständig ausgebildeten Blumen fehlt es nicht. In seinem reinsten Weiß erfreut uns als erste Frühlingsblume das Schneeglöckchen. Auch in der Tierwelt regt es sich. In den im Winter an den Obstbäumen hängengebliebenen trockenen Blättern kann man schon unzählige kleine Raupen beobachten, zu deren Beseitigung vom Magistrat schon aufgefordert wurde. Kein Wunder also, wenn die vor acht Tagen von einigen Städten gemeldeten Stare schon Nahrung wittern. Hoffentlich wird es also nicht noch einen allzu großen Rückschlag geben, damit die zarten Triebe nicht zu schwer zu leiden haben, hauptsächlich aber unsere Obstbäume, deren Fruchtansätze sich bei milder Witterung recht bald entwickeln würden.

* **Große Betrügereien** wurden am Freitag vor der Strafkammer abgeurteilt. Darüber wird berichtet: Der wiederholt und zum Teil schwer vorbestrafte Geschirrführer Otto Peter in Halle hatte im Oktober 1916 Kenntnis davon erhalten, daß von dem hiesigen Leihamte von der Firma H., bei der er angestellt war, 7 Pakete abgeholt werden sollten. Weil er sich sagen mußte, daß man ihm die Pakete nicht aushändigen würde, fälschte er eine Empfangsbescheinigung mit dem Namen eines anderen Geschirrführers der Firma aus, worauf er dann die Pakete erhielt. Er hatte sich damit der schweren Urkundenfälschung und des Betruges schuldig gemacht. Dem Bäckermeister K. stahl er zwei Kuchenbleche mit Kartoffelkuchen und gemeinsam mit einem mitangeklagten, zur Verhandlung aber nicht erschienenen Rost, eine Kiste mit 146 Paar Kinderschuhen; diese Kiste war vor dem Hause des Empfängers abgeladen, von diesem aber nicht ins Haus genommen. Die Kiste mit den Kinderschuhen stellte er bei seiner Schwägerin Frau Tesme Peter unter, wo er sie später öffnete und ihren Inhalt in zwei Teile schied, von dem der eine in Leipzig verkauft wurde, während der andere in kleinen Posten zum Verkaufe gelangte. Die Angeklagte P. hat 3 Paar Schuhe bekommen und an Frau Emma D. für 4.50 M. verkauft, sie soll auch weitere Schuhe an andere verkauft haben, was sie aber leugnet; die Kiste hat sie später zerhackt. 17 Paar Schuhe hat der frühere Bauarbeiter und jetzige Pantoffelmacher Emil Wolf zu 1.50 M. für das Paar erworben. Der Angeklagte P. wird außerdem beschuldigt, dem Sohne seiner früheren Logiswirtin 23 Mark bares Geld gestohlen zu haben, was er aber entschieden in Abrede stellt. Weil dieses Geld auch von anderer Seite gestohlen sein kann, wird er von dieser Anklage antragsgemäß freigesprochen. Für die übrigen Straftaten (schwere Urkundenfälschung in ideeller Konkurrenz mit Betrug und Diebstahl in tatsächlichen Rückfalle) wird er zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe verurteilt, auch wird auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren erkannt; 8 Monate und die Geldstrafe werden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Die Angeklagte P. erhält wegen Hehlerei 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte W. erhält wegen Hehlerei 10 Monate Gefängnis, worauf 6 Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden. Die Angeklagte Frau D. wird freigesprochen, da ihre Schuld zweifelhaft sei.

* **Tödlicher Unglücksfall durch Spielen mit einer Schußwaffe.** Ein in dieser Art leider schon oft vorgekommener Unglücksfall, bei dem ein Kind aus Halle die Ursache war, wird über Eckartsberga berichtet. Beim Landwirt Weihenborn in Niederholzhausen wollte ein elfjähriger Junge aus Halle zum Besuch. Dieser sah ein Gewehr an der Wand hängen, nahm es herunter und drückte ab, indem er auf den 6jährigen Sohn Weihenborns zielte. Der Schuß ging dem Kleinen direkt in den Kopf, worauf der Tod sofort erfolgte.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Die Braut von Messina. Trauerspiel von Friedrich Schiller. Schon Friedrich Hebbel, dieser geborene Dramatiker, hat den Grundsatz aufgestellt, daß jedes Drama aus seinem Milieu, aus sich selbst erwachsen müsse, um zwangsläufig, eben nur diesen inneren Gesetzen gehorchend, auf das ihm dadurch bestimmte Ende auszulaufen. Und dieser selbe Hebbel hat auch gleich eine Probe aufs Exempel geliefert, mit seiner „Maria Magdalena", wo alles nur auf das Spießbürgertum des verknöcherten Kleinhandwerksmeisters Anton abgestimmt ist und lediglich dadurch die Katastrophe der jüngeren Generation herbeiführt wird, da sie zu sehr noch diesem Milieu anhängt, als daß sie sich darüber hinausschwingen könnte. Indes, so selbstverständlich das auch alles scheint, es ist leider selbst bei vielen unserer modernen Dramatiker noch nicht eingegangen, wie jeder Theaterwinter klar beweist. Um so weniger aber kann man Schiller einen Vorwurf machen, wenn er mit einem Stück wie dieser „Braut von Messina" kam, denn die Dramaturgie seiner Zeit beruhte auf viel weniger scharf entwickelten Grundlagen, so große Anläufe dazu auch immerhin von Lessing unternommen worden sind. Diese Schicksalstragödie ist ein Drama, das nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich der Antike vollständig entlehnt ist, ja, geradezu ihren Formen sklavisch gehorcht. Aeußerlich drückt sich das in der Uebernahme des altheleniischen Requisits der sprechenden, die Handlung mit ihren Worten begleitenden Chören aus. Innerlich aber zeigt es sich darin, daß zwar die Handlung unbeirrbar vorwärtsstrebt, wie bei Hebbel, doch nicht aus innerer Kraft dazu getrieben, sondern von einem unkontrollierbaren Schicksal, von einem Orakel dahin gelenkt. Möge deshalb auch ruhig der moralische Grundsatz von Schuld und Sühne darüber thronen, er markiert nichts davon ab, daß diese Sühne nicht in den inneren Ereignissen beruht, daß sie vielmehr ganz mechanisch auf einzelne an sich völlig unschuldige Personen übertragen wird. Es ist geradezu, als ob man „Antigone", „Elektra" oder sonst eins der altheleniischen Dramen sähe, so antisiliert kommt einem die „Braut von Messina" vor. Dabei ist das Schlimmste, daß Schiller keineswegs die hohe künstlerische Vollendung, den großen Schwung jener Dramen aufzubringen verstehe. Denn er läßt alle seine Personen mit Scheuklappen umhergehen, damit sie ja weiterhin aneinander vorbeilaufen, und er führt die Handlung wiederholt so sehr zu dem Punkte, wo sich diese Komödie der Irrungen durch ein kurzes Wort in Wohlgefallen auflösen könnte, daß man unwillig auffährt: Er will diese Menschen nicht sehen lassen! —, um freilich gleich hinterher bedauernd hinzuzusetzen: Er braucht das für seine Zwecke, ansonsten eben daraus keine antiktisierte Schicksalstragödie würde. Das Einzige an dieser „Braut von Messina" ist darum teils die schöne, überaus wirkungsvolle Gestaltung einzelner Szenen, am meisten jedoch die wunderbar packende Sprache, die alle Phasen von den feinsten Lyrik bis zur dramatischsten Kraft durcheilt und die dabei sowohl manches schöne Bild gestaltet, wie manchen tiefen Gedanken prägt. Deshalb und deshalb allein wird auch diese Tragödie immer wieder hervorgeholt, wozu allerdings jetzt noch kommen mag, daß sich von ihr manche Parallele zu den gegenwärtig über die Menschheit rasenden Kriegsereignissen ziehen läßt.

Diese Seiten des Schillerschen Trauerspiels wurden denn auch bei der Aufführung wirkungsvoll herausgebracht und verhalfen so dem Stück trotz aller Bedenken zu einem tiefen Eindruck. Großzügig und erschütternd war die Fürstin von Messina (Olga Biedermann), in der sich mancher Mutter Leid verkörpert; schlicht und darum nicht weniger ergreifend Beatrice (Henriette Troeger). Als angemessen konnten auch die beiden Brüder Manuel (Hermann Kühn) und Cesar (Kurt Wilcke) hingehen, wenngleich auch bei ihnen hier und da noch etwas mehr Wärme an Stelle von zu großer Ornamentik angebracht gewesen wäre. Dasselbe gilt von den Sprechern der Chöre, unter denen Cojetana (Eugen Teuscher) und Bohemund (Karl Zitzig) sehr gut in ihrer Gegensätzlichkeit hervortraten. Die Regie des Herrn Masson unterstützte die Handlung sehr durch fein gewählte Bühnenbilder. cw.

Aus der Provinz.

Naumburg. Gewerkschaftskartell. Die vom Kartell eingerichtete Rechtsauskunftsstelle ist nunmehr jeden Dienstag von 6 bis 8 Uhr abends geöffnet. Die Auskunft, sowie die Anfertigung von Schriftstücken wird einem sachkundigen Genossen unentgeltlich gegeben. Das Auskunftslokal ist Deutsche Schänke, kleine Marienggasse.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 18. bis 24. Februar gelangen zur Verteilung: auf Brotaufstrichkarte, Abschnitt 21, 100 Gramm Rübensaft, Preis 10 Pf., auf Lebensmittelmarke 103 100 Gramm Teigwaren aus 50prozentigem Mehl, Preis 12 Pf.

— Als gestohlen ist angezeigt worden: eine grausecktige Ziege, ein gestricktes weißleinenes Ueberschlagbettuch, gezeichnet B. V., 2 weißleinene Bettbezüge, gezeichnet C. W., 3 weiße Battisttücher, 6 Meter hellblau-gemusterter Battiststoff, 350 M. bares Geld.

Zeitz. Verbot der Quarkausfuhr. Seit 15. Februar ist die Ausfuhr von Quark aus dem Landkreise verboten. Unter Ausfuhr ist nicht nur jede Art des Versandes, sondern auch die Mitnahme zu verstehen. Trotz des Verbotes dürfen Personen, die einen Erlaubnisschein der Kreisfettstelle des Kreises zum Verkauf von Quark aus dem Kreise nach der Stadt vorzeigen, Quark aus dem Landkreise nach der Stadt verkaufen, aber nur an die städtische Abnahmestelle (Julius Kunze Nachf., Geiz, Rahnestraße 8). Jede unbefugte Ausfuhr von Quark wird strafrechtlich verfolgt werden. Gegen Händler und Händlerinnen, die ohne die erwähnte besondere Erlaubnis Quark aus dem Kreise fortschaffen oder nach erteilter Erlaubnis an eine andre Stelle als die städtische Abnahmestelle verkaufen, wird das Verfahren der Entziehung der Handelserlaubnis eingeleitet werden.

Bitterfeld. Entwichen sind vom Arbeitskommando Wolfen die Strafgefangenen Theodor Wiura, 22 Jahre alt, und Paul Rhode, 31 Jahre alt. Beide tragen Gefangenenkleidung mit Schirmmützen.

Wittenberg. Diebinnen. Aus dem Hause Jüdenstraße 8 ist eine graugewollene Salsaldecke im Werte von etwa 80 M. gestohlen worden. Als Diebin kommt eine Arbeiterin in Frage, die plötzlich spurlos verschwunden ist. — Während ein hier beschäftigter Glasermeister aus Leipzig der Schloßkirche einen Besuch abstattete, wurde ihm aus seiner Wohnung die Handtasche mit Handwerkszeug gestohlen. Da sofort Anzeige erstattet wurde, gelang es, als die Diebin eine bei ihren Eltern wohnende, schon mehrfach vorbestrafte Arbeiterin zu ermitteln.

Torgau. Ueber die hier vorgekommenen Typhuserkrankungen äußerte sich in einer vorige Woche abgehaltenen Stadtverordnetensitzung der Geh. Medizinalrat Dr. Geißler. Danach traten im September 1917 die ersten hier Fälle auf, die tödlich verliefen. Es kamen alle im Hause Markt 11 vor. Seitdem war amtlich nichts bekannt, bis am 31. Januar die Meldung von dem Tode eines im Krankenhause an Typhus verstorbenen Kindes einlief. Auch dieses Kind stammte aus dem Hause Markt 11. Die daraufhin in den Häusern Markt 11 und 12 vorgenommene genaue Untersuchung ergab, daß diese Häuser die Herde der Erkrankungen sind. Denn verschiedene Bewohner dieser Häuser sind ebenfalls an Typhus erkrankt. Sie selbst sind sich dessen wohl weniger oder nicht bewußt geworden, da der Typhus auch unter der Maske anderer Krankheiten, z. B. Lungenentzündung oder sogar Mandelentzündung auftreten kann. Die genannten Erkrankungsfälle geben vor allem deshalb zu Bedenken Anlaß, weil die Wohnungen in den beiden Häusern in hygienischer Beziehung geradezu gefährlich sind. In Friedenszeiten, wo der Wohnungsmangel weniger vorhanden war, würde der Redner der Polizei geraten haben, die Wohnungen zu räumen. Jetzt geht das nicht angängig und so ist eine Reihe anderer Maßnahmen getroffen worden, durch die man hoffen darf, die Epidemie und ihre Verbreitung zu beseitigen. Vor allen Dingen sind alle Insassen der Hinterhäuser gegen Typhus geimpft worden. Sieht also die Angelegenheit auf einer Seite wohl ernst aus, so ist doch andererseits Grund zu Befürchtungen absolut nicht vorhanden, da zu hoffen ist, daß die Krankheit durch die sofort getroffenen Maßnahmen völlig beseitigt wird. — Damit geb sich auch die Stadtverordnetenversammlung zufrieden. Nur aber meinen, daß es Pflicht der städtischen Verwaltung ist, den Bewohnern derartig gefährlicher Seuchenherde wie der Häuser auf dem Markt unter allen Umständen andere Wohnungen zu beschaffen und dann an die radikale Zerstörung dieses Seuchenherdes zu gehen. Anderenfalls ist unsere Einwohnerschaft niemals vor neuen Erkrankungen sicher.

Eisleben. Diebstähle. Ein russisch-polnischer Arbeiter stahl Schlafdecken und verwandte diese zu Jackettfutter. — Einem in der Bahnhofstraße wohnenden Fräulein wurde ein Pelzkragen, ein Stungskragen und zwei weiße Blusen im Gesamtwerte von 250 M. gestohlen. — Einer aus Wolferode stammenden Frau wurden aus dem Flur eines Hauses in der Kreisfeldergasse 2 Brote, die sie auf kurze Zeit dort niedergelegt hatte, entwendet.

Gewerkschaftliches.

Urabstimmung im Tabakarbeiter-Verband. Der Vorstand des Tabakarbeiter-Verbandes unterbreitet den Mitgliedern eine Vorlage über Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen, über die in der Woche vom 3. bis 10. März durch Urabstimmung entschieden werden soll. Die neuen Beiträge sollen 35, 50 und 75 Pf. in der Woche je nach der Einkommenhöhe betragen

Gegen Disziplinlosigkeit im Fabrikarbeiterverband. Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes veröffentlicht eine scharfe Erklärung gegen die Zahlstellen Braunschweig, Mügeln und Plauenscher Grund, die sich den Beschlüssen des jüngsten Verbandstages nicht fügen wollen. Der Verbandstag hatte beschlossen, daß alles Eigentum der Zahlstellen Verbandseigentum sei; löse sich eine Zahlstelle auf oder trenne sie sich vom Verbande, so habe der Verbandsvorstand Verfügungsgewalt und Kontrolle über alle Barmittel, Wertgegenstände und Sachwerte und das Recht zu strafrechtlicher Verfolgung aller derer, die sich solches Verbandseigentum anzueignen versuchten. Demgegenüber haben die Zahlstellen Plauenscher Grund und Mügeln beschlossen, daß die Gelder am Ort nur der Verfügung durch die örtliche Generalversammlung unterlägen, auch für den Fall, daß diese sich vom Gesamtverband lossage; die Ortsverwaltung soll besonders gewählten Bevollmächtigten für den Verbleib dieser Gelder Rechenschaft und Verantwortung schulden. Dieser Beschluß soll so lange gelten, als „der gegenwärtigen Zustand mit der Generalkommission die den Mitgliederinteressen entgegengesetzte Politik fortsetzt." Diese Auflehnung gegen die bewährte Vorstand, insbesondere der Vorsitzende (Reichstagsabg. Brey) schließe des Verbandstags, der obersten Instanz, geht also aus „Unabhängigen"-Tendenzen hervor und ist um so verwerflicher, als die Beschlüsse des Verbandstags nahezu einstimmig gefaßt worden sind, auch dem Vorstand nahezu einstimmig Entlastung gewährt wurde. Noch deutlicher ist der parteipolitische Charakter des Konflikts in Braunschweig. Die Braunschweiger Zahlstelle hatte die Mitglieder Gelpke und Ohnesorf, Führer der sozialdemokratischen Parteibewegung in Braunschweig, aus dem Verband ausgeschlossen. Vorstand, Ausschuß und Verbandstag, als höhere Instanzen, haben diesen Ausschluß für gänzlich unberechtigt erklärt. Gleichwohl will Braunschweig sich nicht darein fügen, diese Gegner der Unabhängigen als Verbandsmitglieder anzuerkennen. Gegenüber solchen Willkürlichkeiten erklärt der Vorstand, daß nur die Beschlüsse des Verbandstags Geltung haben, und mahnt zur Disziplin.

Gewerkschaftliche Betrachtungen zu den politischen Streiks. Klar und scharf sagt Der Töpfer in einer Nachlese zum Massenstreik, was tatsächlich geschehen ist:

„Der Streik fiel gerade in die dafür unglücklichste Zeit, in eine Zeit der Kohlen- und Materialknappheit. Der Zeitpunkt der proletarischen Machtentfaltung war schlecht gewählt, der Streik selbst bei weitem nicht allgemein, die Taktik während des Streiks ermangelte des einheitlichen Willens zum Ziel. Unter solchen Umständen muß jeder Streik, jede Bewegung versagen. .... Trotzdem beschuldigt man schon heute die „Regierungssozialisten" und Gewerkschaftsführer, daß ihnen die Schuld am ungünstigen Ausgang dieses Streiks zufalle. i Diesen Vorwurf erhebt die unabhängige Sozialdemokratie, deren Führer in Berlin in unverantwortlicher Weise gewirtschaftet haben und in deren Hochburgen wie in Leipzig, Bremen und Braunschweig es überhaupt nicht zum Massenstreik gekommen ist. Die Verhetzung der Arbeiter soll nach altem niederträchtigem Rezept weiter betrieben werden zum großen Schaden aller proletarischen Interessen. Es fragt sich nur, wie lange sich die Arbeiterschaft diese Auseinanderheherei gefallen läßt."

Zugleich mit dieser Betrachtung betont aber dieses Gewerkschaftsorgan wie alle andern Gewerkschaftsblätter die vorhandenen tiefgehenden Gründe der Unzufriedenheit und Beunruhigung unter den Arbeitern. Alle Gewerkschaftsblätter vertreten auch in dieser Beziehung den gleichen Standpunkt, den die Holzarbeiterzeitung so ausdrückt: Die Erklärung des denkwürdigen 4. August, in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche zu lassen, bestehe zu Recht; aber die berufenen Arbeitervertreter könnten in der Stunde der Gefahr auch ihre Klassengenossen nicht im Stich lassen.

Eisenbahner und politischer Streik. Der Deutsche Eisenbahner weist mit Entschiedenheit die Behauptung zurück, als hätten die organisierten Eisenbahner in Berlin oder München irgend welche Neigung gezeigt, sich an der Aufstandsbewegung zu beteiligen. Der Deutsche Eisenbahnerverband habe auf das Mittel der Arbeitseinstellung überhaupt verzichtet, und kein Eisenbahner denke daran, in der Zeit der Organisationsverbote, der Verfolgungen und Maßregelungen, der alten Dienstordnungen und der einflußlosen Arbeiterausschüsse zurückzuverfallen. Auch in erregter Stimmung über Mißstände und Ungerechtigkeiten würden sie sich vor unüberlegten Schritten hüten. Die Eisenbahner seien von der Notwendigkeit des ungehinderten Eisenbahnbetriebs überzeugt und würden seine Unterbrechung auch nur für kurze Zeit allein schon aus wirtschaftlichen Gründen als ein Unglück betrachten, das zu vermeiden jeder Verständige sich angelegen sein lasse. Worauf es aber ankomme, sei die Hebung der Leistungsfähigkeit und Dienstfreudigkeit des Personals; auch an der Weiterentwicklung der innerpolitischen Verhältnisse hätten die Eisenbahner als Staatsbedienstete ein ganz besonderes Interesse.

Auch das Organ des Bäckerverbandes betont, daß, wenn man schon einen Massenstreik in irgendeinem Augenblick billigen könne, die Frage noch immer offen bleibe, ob die Bäcker sich jemals daran beteiligen dürften. Der Verband werde die Frage weiter klarzustellen suchen.

Die Kriegsanleihen des Metallarbeiterverbandes. In den letzten Januartagen trat der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu seiner ordentlichen ersten Sitzung zusammen und beschäftigte sich mit der außerordentlich zufriedenstellenden Verbandsentwicklung und den Fragen der Uebergangswirtschaft. In der Aussprache kam auch die Forderung der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zur Sprache, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie mit der Begründung propagiert worden ist, der Vorstand habe die Verbandsinteressen durch Erwerb von Kriegsanleihe geschädigt. Zu dieser Frage erklärte der Vorstand, daß von einer Schädigung des Verbandes gar keine Rede sein könne. Um das zu beweisen, habe er keine Kriegsanleihen wieder veräußert, ohne irgend welchen Verlust dabei zu erleiden. Der Verband habe gegenwärtig Kriegsanleihe nicht mehr im Besitz.

Wird die Opposition nun zufriedengestellt sein, wenn das Verbandsvermögen in anderen kapitalistischen Wertpapieren und nicht in Kriegsanleihen angelegt ist?!

Der Bericht über die gestrige Versammlung, in der Genosse Legien referierte, erscheint in der Dienstag-Nummer der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180218-11/fragment/page=0006